



Ranabir Samaddar

Staatenlos und entrechtet

Ruzha Smilova

Meritocracy and
Democracy's Crisis

Timothy Snyder

Die Freiheit
im Gulag

Oertel, Lazard

Green
Transition

Michael Kegler

Übersetzung
und Politik

Contents

NO. 128 • FALL / WINTER 2021

DEMOCRACY

- Wir Stachelschweine: Die Kunst des demokratischen Zusammenlebens / von Till van Rahden 3
- Should the Smart Rule? Meritocracy and Democracy's Crisis / by Ruzha Smilova 4
- Postkoloniale Demokratiekritik / von Martin Nonhoff 5

REMEMBERING DISSIDENTS

- Die Entscheidung für Freiheit im Gulag / von Timothy Snyder 6
- The Dangers of the Everyday / by Dimiter Kenarov 7

STATELESSNESS

- Staatenlos und entrechtet / von Ranabir Samaddar 8
- The Production of Statelessness in Europe / by Elspeth Guild and Sandra Mantu 9
- Staatenlosigkeit als permanenter Zustand? / von Nergis Canefe 10
- The "State" in Statelessness and the State of "Statelessness" / by Shamna Thacham Poyil and Nasreen Chowdhory 11
- The Tragic Journey of the Komagata Maru / by Subhas Ranjan Chakraborty 12

AFGHANISTAN

- A State in Disarray / by Paweł Pieniążek 13

TURKEY

- Zwischen Apathie und Hoffnung / von Ulrike Flader 14
- The Strange Case of Varosha in Cyprus / by Ezgican Özdemir 15
- Turkey: All Alone in Global Space? / by Sebastian Haug 16
- Auf der Suche nach Europa: West und Ost im (post-)imperialen Roman der Türkei / von Johanna Chovanec 17

GREEN TRANSITION

- Wettbewerb in der Klimakrise / von Janka Oertel 18
- Europe's Biggest Test as a Peace Project Yet / by Olivia Lazard 19

TRANSLATION

- Das Paul Celan-Programm des IWM / von Ludger Hagedorn 20
- „Ich habe einige der besten Romane des 20. Jahrhunderts geschrieben.“ / Ludger Hagedorn im Gespräch mit Vesna Velkovich Bukilica 21
- Übersetzung und Politik / von Michael Kegler 22

PUBLICATIONS

- 23

FAREWELL

- Shalini Randeria: In der Welt zuhause / von Evangelos Karagiannis 24



Institut für die Wissenschaften vom Menschen
Institute for Human Sciences

Editorial

Im Zentrum des vorliegenden Heftes steht das Phänomen der Staatenlosigkeit, ein Status grundlegender Recht- und Schutzlosigkeit, der weltweit immer größere Bevölkerungssegmente erfasst. Ein Workshop zu „Orten der Staatenlosigkeit“ im September 2021 am IWM markiert den Beginn einer intensiven Auseinandersetzung der *Europe-Asia Research Platform on Forced Migration* (entstanden aus der Zusammenarbeit des IWM mit der *Calcutta Research Group*) mit dem Problem der Staatenlosigkeit, die innovative Erkenntnisse verspricht.

Ranabir Samaddar geht auf die unterschiedlichen Prozesse ein, die ein Unvermögen produzieren, sich auf Recht zu berufen; Nergis Canefe erklärt, warum es dem internationalen Recht nicht gelang, das Problem der Staatenlosigkeit in den Griff zu bekommen; Shamna Poyil und Nasreen Chowdhory erläutern die entscheidende Rolle des Staates bei der Konstruktion von Staatenlosigkeit, während Elspeth Guild und Sandra Mantu die Produktion von Staatenlosigkeit vor dem Hintergrund der Terrorismusbekämpfung in Europa diskutieren. Schließlich erinnert Subhas Chakraborty an die Affäre der Komagata Maru, die Erfahrungen von Staatenlosen unserer Zeit vorwegnahm. Nicht mit Staatenlosigkeit direkt, aber mit einer in Auflösung begriffenen staatlichen Ordnung beschäftigt sich der Bericht von Paweł Pieniążek zu Afghanistan.

Drei Beiträge des Heftes widmen sich demokratietheoretischen Fragen (Till van Rahden, Ruzha Smilova, Martin Nonhoff), während die Beiträge von Timothy Snyder und Dimiter Kenarov das Leben und Wirken zweier Dissidenten aus dem kommunistischen Osteuropa würdigen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Heftes ist die Türkei. Die Essays behandeln den „sanften Autoritarismus“ des Erdoğan-Regimes (Ulrike Flader), die sich verändernde Position des Landes im globalen Kontext (Sebastian Haug), die Pläne, die nordzyprische Geisterstadt Varosha wiederzubeleben (Ezgi Özdemir), und die literarische Verarbeitung des Ost-West-Dilemmas des Landes (Johanna Chovanec).

Aus aktuellem Anlass enthält das Heft zwei Beiträge zur Frage der Green Transition in China (Janka Oertel) und Europa (Olivia Lazard). Schließlich gewähren uns Michael Kegler und Vesna Velkovich Bukilica Einblicke in weniger bekannte Dimensionen des Übersetzens, während Ludger Hagedorn das Paul-Celan-Programm für Übersetzer:innen des IWM vorstellt.

Im Namen des IWM wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen! <

Statelessness—a status of fundamental rightlessness and unprotectedness encompassing ever larger populations in the South and the North—is the central focus of the present IWMpost issue. A workshop on “Sites of Statelessness” held in September 2021 at the IWM marked the beginning of an intensive engagement with the problem of statelessness by the Europe Asia Research Platform on Forced Migration (a joint project of the IWM and the Calcutta Research Group), which promises to yield innovative insights.

Ranabir Samaddar addresses in his essay processes that produce the inability to invoke law. Nergis Canefe explains why international law has failed to deal with the problem of statelessness. Shamna Poyil and Nasreen Chowdhory explore the crucial role of the state in the construction of statelessness while Elspeth Guild and Sandra Mantu discuss the production of statelessness against the backdrop of counterterrorism in Europe. Finally, Subhas Chakraborty writes on the Komagata Maru affair of 1914, which prefigured the experiences of stateless people of our time. Paweł Pieniążek's report on Afghanistan looks not at statelessness but at a state order in disintegration.

The essays by Till van Rahden, Ruzha Smilova, and Martin Nonhoff address issues of democratic theory while those by Timothy Snyder and Dimiter Kenarov pay tribute to two dissidents from communist Eastern Europe.

Another focus of the present issue is Turkey. The essays explore the “soft authoritarianism” of the Erdoğan regime (Ulrike Flader), the country's changing position in the international order (Sebastian Haug), plans to revive the northern Cypriot ghost town of Varosha (Ezgi Özdemir), and the way Turkey's East-West dilemma is addressed in literature (Johanna Chovanec).

Two articles discuss the Green Transition in China (Janka Oertel) and Europe (Olivia Lazard). Finally, Michael Kegler and Vesna Velkovich Bukilica give us insights into some less-known dimensions of translation, while Ludger Hagedorn introduces the Paul Celan Program for Translators at the IWM.

I hope you enjoy the read. <

Evangelos Karagiannis

Wir Stachelschweine: Die Kunst des demokratischen Zusammenlebens

VON TILL VAN RAHDEN

Die Frage, was eine demokratische Gesellschaft zusammenhält, steht heute wieder im Raum. In fast allen deutschen Parteien gilt der gesellschaftliche Zusammenhalt als „Herzenthema“, und so fördert das deutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 40 Millionen Euro an gleich elf Standorten ein Forschungsinstitut gleichen Namens.

Wer sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt, bangt auch um die liberale Demokratie. Es geht nicht allein darum, was unsere pluralistische Gesellschaft zusammenhält, sondern auch um ihre normativen Voraussetzungen. Daher bietet es sich an, nach der Geschichte des Begriffs zu fragen. Schnell zeigt sich, dass es in einer liberalen Demokratie mit dem Zusammenhalt nicht so weit her ist. „Zusammenhalten“, heißt es 1811 in *Campes Wörterbuch der deutschen Sprache*, bedeutet „fest verbunden sein und bleiben“. Und weiter: „Freunde, Eheleute halten fest und treu zusammen.“ Wir können ergänzen: das gilt auch für Seilschaften im Hochgebirge, in der Wissenschaft und in der Mafia.

Das Zusammenleben in der pluralistischen Demokratie dagegen kennzeichnet eine stachelige Zwietracht. Wir sehnen uns nach „gegenseitiger Wärme“, heißt es in Schopenhauers Parabel von der Gesellschaft der Stachelschweine in einer kalten Winternacht, und empfinden zugleich die „gegenseitigen Stacheln“. Der Streit um den Klimawandel und die Migration, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Kopftuch und das Kreuzifix, um die Religion und Moral, die Nation und Europa ist unvermeidlich. Doch können wir überlegen, was zu tun ist, damit er nicht in wechselseitiger Verhetzung endet.

Der Ausgangspunkt ist Hermann Hellers „furchtbare Frage“ aus dem Jahre 1928, wie sich die Demokra-

lativität, die zwischen den Polen der moralischen Gewissheit und der belanglosen Routine liegt. Lebensformen sind „keine zeitlosen ethischen Normen, sondern geschichtlich bedingte Verhaltensregeln. Und weiter: Ihre Wirkung „ist in verschiedenen Zeitaltern unterschiedlich. In

mit jenen Konflikten zu leben, die wir nicht lösen, sondern nur aushalten können. Das Nachdenken über Lebensformen bietet die Chance, ein Gespür für die kulturellen und sozialen Grundlagen der Demokratie zurückzugewinnen. Die Herrschafts- und Verfassungsordnung mag noch so gelungen sein, ohne die Möglichkeit demokratischer Erfahrungen geht sie ein.

Die Demokratie lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger sie im Alltag tragen, gestalten und erneuern. Damit die stachelige Zwietracht nicht zur Spaltung führt, braucht die Demokratie jene öffentlichen Orte, in denen sich Bürgerinnen und Bürger begegnen können. Hierzu zählen Parks und öffentliche Plätze, Stadtbibliotheken und Museen, Kindergärten und Spielplätze, Jugendzentren, Schwimmbäder und Sportanlagen, Schulen und Universitäten. Zusammen schaffen sie demokratische Räume, die allen die Chance bieten, Freiheit und Gleichheit im Alltag sinnlich zu erfahren. Dass gerade in finanzschwachen Städten diese Orte in schlechtem Zustand sind, Museen ihre Öffnungszeiten einschränken und Stadtbibliotheken ihre Zweigstellen schließen, gefährdet die Demokratie.

In der Summe bilden diese Räume eine demokratische Allmende, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, demokratische Lebensformen zu pflegen. Die Demokratie lebt vom politischen Gegensatz und moralischen Konflikt. Aber diese Auseinandersetzungen können ihre schöpferische Kraft nur entfalten, wenn wir die demokratische Allmende erhalten, in der wir den Streit aushalten können. Je klarer sich die Krise der Demokratie abzeichnet, desto deutlicher erweist es sich als Irrweg, dass bei leeren Kassen gerade jene Orte dem Rotstift zum Opfer fallen, die demokratische Erfahrungen und lebendige Vielfalt ermöglichen, den bürgerlichen Gemeinsinn und eine Kultur der Teilhabe stärken.

Das Siechtum dieser Allmende gefährdet die liberale Demokratie, zunächst die Lebensform, dann auch die Herrschaftsform. Eine Demokratie, die nicht mehr bereit ist, die demokratischen Lebensformen zu pflegen, nimmt in Kauf, dass sich

ihre kulturellen Voraussetzungen auflösen. Wenn wir im öffentlichen Raum primär auf Effizienz und Leistung, Controlling und *Bench-Marking* schielen und öffentliche Güter privatisieren, weil die „unsichtbare Hand“ des Marktes zu vermeintlich faireren Lösungen führt, geht uns das Gespür für demokratische Lebensformen verloren. Es zeigt sich: je „schlanker“ der Staat, desto gefährdeter die liberale Demokratie.

Es ist die Aufgabe der Demokratie, die demokratischen Lebensformen zu pflegen und die Gestalt der demokratischen Allmende jeweils neu zu bestimmen. Wie die öffentlichen Räume konkret zu gestalten, welche Erziehungsstile und welche Familienformen, welche Kindergärten und Schulen Wege zur Mündigkeit eröffnen, welche Form der ungeselligen Geselligkeit die demokratischen Tugenden stärkt, bleibt offen. Auch hier lebt die De-



Hellers Thesen stoßen uns auf die Frage, wie die liberale Demokratie ihre Fassung bewahrt. Wer so fragt, erinnert zugleich daran, dass sie eine fragile Ordnung ist, die ohne sorgfältige Pflege „in der Luft“ hängt. Demokratie erschöpft sich nicht im Gang zur Wahlurne, in Parlamentsdebatten oder im Mit- und Gegeneinander der drei Gewalten. Indem wir die Sorgen ernstnehmen, welche die Diskussion über den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufwirft, fragen wir nach den kulturellen und sozialen Voraussetzungen der Demokratie. Die Diagnose ihrer Krise schärft das Bewusstsein dafür, dass die Demokratie nicht allein eine Herrschafts-, sondern auch eine Lebensform ist.

Der Begriff der Demokratie als Lebensform beansprucht keine analytische Präzision, sondern dient allein als störrischer Reisebegleiter bei unserer Suche nach den Voraussetzungen der Demokratie. Intellektuelle wie Jane Addams und John Dewey, Richard Rorty und Michael Walzer, für die der Begriff der demokratischen Lebensformen zentral ist, verwenden ihn spielerisch. Das gilt auch für Arno Borst, der unter Lebensformen „geschichtlich eingeübte soziale Verhaltensweisen“ versteht, die wir weder über- noch unterschätzen dürfen. In ihnen erkennt der Mediävist eine schwache Norma-

das alltägliche Verhalten der Menschen zueinander bricht manchmal Geschichte ein und zerbricht alle Gefüge; dann sind Lebensformen nicht mehr selbstverständlich, werden auf das Niveau der Sittlichkeit gehoben und überschätzt. Meistens vollzieht sich Geschichte außerhalb des täglichen Verhaltens der Menschen zueinander und überspielt alle Gefüge; dann sind Lebensformen allzu selbstverständlich, werden in die Niederungen der Banalität abgedrängt und unterschätzt.“

Zwar ist der Streit um Fragen der Moral für alle eine Zumutung. Doch wer als Voraussetzung der Demokratie den normativen Konsens versteht, übersieht, dass gerade aus der Zwietracht spezifisch demokratische Formen des Zusammenlebens und des sozialen Zusammenhalts hervorgehen. Die „guten Gesetze“, notierte Machiavelli zu Beginn des 16. Jahrhunderts, entstehen „aus jenen Kämpfen, die viele unüberlegt verdammen“. Der Streit darüber, was eine gerechte Ordnung ist, geht jedoch weiter. Jeder Kompromiss, auf den sich eine Demokratie verständigt, gibt Anlass für den nächsten Konflikt. Ein Konsens ist dagegen über die Form des Streits zu finden.

Wer nach demokratischen Lebensformen fragt, richtet den Blick darauf, dass allein Formen und Konventionen es uns ermöglichen, auch



demokratie vom Streit. Entscheidend ist, dass sie eine Form des Zusammenlebens ermöglicht, in dem alle die Chance haben, sich als frei und gleich zu erfahren. Der Konflikt ist in einer liberalen Demokratie unvermeidlich. Ob aber die Zwietracht den Hass nährt oder die Demokratie immer aufs Neue belebt, ist eine Frage der Lebensformen. Wer ein Gemeinwesen der Freien und Gleichen will, in dem alle ohne Angst verschieden sein können, wird den Streit nicht fürchten. Umso mehr gilt es, jene Räume und Umgangsformen zu pflegen, die es ermöglichen, unser stacheliges Zusammenleben auszuhalten. ◀

Till van Rahden ist Historiker und lehrt Deutschland- und Europastudien an der Université de Montréal. 2016 und 2021 war er Fellow am IWM. Sein Buch *Vielheit. Jüdische Geschichte und die Ambivalenzen des Universalismus* erscheint im Mai 2022 in der Hamburger Edition.



tie angesichts der „ungeheuren Klassen- und Rassengegensätze [...] zu behaupten vermag“. Die Spaltung der Gesellschaft am Ende der Weimarer Republik, so der Staatsrechtler, zeige, dass die Demokratie nur bei einem gewissen Maß an „sozialer Homogenität“ überleben kann. Darunter verstand Heller die „re-

Should the Smart Rule? Meritocracy and Democracy's Crisis

BY RUZHA SMILOVA

A growing number of scholars point at shortcomings of meritocracy as the main explanation for the current crisis of democracy. Do their strongest arguments prove the case against meritocracy?

That liberal democracy is in crisis hardly makes news today, so often has its imminent death been announced. Yet for the past fifteen years organizations monitoring freedom and democracy in the world have reported a trend of declining quality of democracy, affecting even consolidated democracies. This trend has accelerated during the coronavirus pandemic. Different diagnoses have been advanced, some pointing to problems specifically with the liberal component of liberal democracy. Not incidentally, populists of different ideological stripes eagerly attack liberalism—the amalgam of the rule of law, individual and minority rights, and free markets—as the main culprit for the problems nations and humanity as a whole face. Some even boast of building innovative “illiberal democratic” regimes, exploiting the democratic credentials of popular sovereignty as the main legitimating source of political authority, while steering clear of liberalism’s limits on the majority’s will. Populists typically also lash out against liberal meritocratic elites.

Meritocracy: Promise and Failures

Building on Michael Young’s pioneering work, a series of authors, including the Harvard professor and “moral philosophy’s popstar” Michael Sandel, have recently advanced an intriguing explanation: meritocracy is to blame.

Meritocracy as the competent rule in the best interest of all by the smartest—the winners of free and fair competition for top positions in society—has been a central liberal promise. It is often presented as a foundational ideal for the liberal democratic order. Delivering on this promise explains the unprecedented economic and human development that modernity brought about. Unleashing human talent was also behind the triumph of liberalism as the victorious ideology of the twentieth century.

Against the background of this success story, the cascading critiques against meritocracy come as a surprise. Why think that an ideal for ordering society, defining success and allocating each person’s place according to her talent and efforts



Photo: bowel 15 / 123RF

can be the cause for the current crisis and a prime driver of support for populism?

Objections to meritocracy target either the ideal or its application. Both should be taken seriously.

Take the issue of ideal’s application. One cannot deny meritocracy is a demanding ideal, impossible to realize fully. If everyone’s place is to be determined solely by her own merits, this requires perfect equality of opportunity guaranteed to all, which is only achievable at the prohibitive cost of abolishing the family and communally raising the children. Yet if societies are reluctant to pay for it, they should not even strive to approximate the ideal: anything short of full meritocracy is worse than no meritocracy at all, these critics conclude. This all-or-nothing position may seem principled yet is hardly tenable: barring perfect equality of opportunity, it denies giving any opportunity to the disadvantaged to develop their talents, which is damaging to both individual and societal prospects.

Objections to the meritocratic ideal itself dig deeper, targeting its moral core. Few but meritocracy’s most ardent critics object to one’s place being determined by personal merits, rather than by the likes of “bloodline,” family connections, and money. Many also argue for a wider definition of merit to include all personal attributes advancing society’s well-being, and not just cognitive abilities. Yet few are ready to

fight head-on the “tyranny of merit,” to quote the provocative title of Michael Sandel’s latest bestseller. He aims higher: he attacks meritocracy’s central moral thesis of “desert.” Its moral claim is not just that the place of meritocratic winners (along with everyone else) is determined by their merits alone, but that they are also morally anointed as fully deserving of their success and as fully entitled to its rewards. Sandel objects: as one’s talents are a matter of luck, one cannot take any credit for them, so one does not deserve the success they earned. He concludes that success based on personal merit is no less morally arbitrary than success based on any other form of luck, such as being born wealthy or with an aristocratic title. Hence the successful do not deserve their place even in fully fair meritocracies.

Sandel’s far-reaching conclusion is too quick, however. It neglects the role personal effort—a matter of choice rather than brute luck—plays in achievement. As success is at least partly determined by personal effort—and free persons are presumably free to choose whether to develop their talents through personal effort or not—in a meritocracy one at least partly deserves one’s place and rewards.

“Meritocratic hubris” and populist backlash

Other critics object that meritocracy is just a myth, deliberately designed

to justify huge preexisting inequalities in rewards distribution. Its unchallenged dominance has brought further unprecedented growth of inequality, splitting meritocratic societies into morally deserving winners and blameworthy losers. And the governing elite of smart meritocratic winners feels neither solidarity nor responsibility towards the losers, who, on their part, feel left behind by the self-serving, irresponsible, disloyal elite.

These concerns should be taken seriously: the growing social distance in nominal meritocracies between smug winners and resentful losers fuels populist revolt. While inequality of wealth and status is nothing new, the inequality produced by meritocracy’s myth is particularly offensive to those on the losing side. Sandel compares inequality in modern meritocratic and in traditional aristocratic regimes: even when inequality is greater in the latter, it is less offensive to those at the bottom as they view their place as natural rather than deserved. The extra offence in meritocracy comes from the winners’ self-celebratory sense of entitlement—“meritocratic hubris,” to use Sandel’s phrase. Convinced they are fully entitled to their rewards, they not only believe they do not owe anything to anyone, they also put the blame on the losers themselves: as they lost in a fair competition, this must be due to their own weaknesses. The winners thus feel justified in looking down upon the

losers as morally inferior: why not then humiliate them as a “basket of deplorables,” the phrase that cost Hillary Clinton the U.S. presidency.

Faced with the belief in meritocracy as dominant ideology, those seeing themselves as its losers often believe they deserve their plight, lose self-esteem, and develop depression. This explains, for example, the opioid crisis and the growing number of “deaths of despair” among non-educated male whites in the United States, who view themselves as status losers with no one else to blame. The populist backlash is another response by those feeling humiliated: instead of blaming themselves, they revolt against the meritocratic elites they deeply resent.

Abolish meritocracy?

Meritocracy’s critics are less convincing when it comes to offering solutions. Even at his most tyrannical, Sandel hesitates to call for abolishing meritocracy altogether. In his alternative model of society, the more competent still become the elite, but under conditions that would make them more aware of the role luck played in their success. A “one-off lottery for placement” at the most selective universities may do the trick and prevent “meritocratic hubris.”

It is doubtful, though, that being lucky in such a lottery would suffice to instill humility and make elites more solidaristic and responsible: actual lottery winners are not known for spending their fortune on charity. Extending merit’s scope to include a wider range of talents may be a better idea as it makes everyone better off while allowing each to develop one’s talents, without producing a society of winners and losers. Many more ideas worth experimenting with may be proposed. Yet the key for a fair and prosperous society is guaranteeing the highest achievable equality of opportunity to all: this ensures that each person, irrespective of her circumstances, can develop her potential to her and everyone else’s benefit. ◀

Ruzha Smilova is programme director at the Centre for Liberal Strategies, Sofia, and senior assistant professor at Sofia University. She is IWM “Democracy” visiting fellow (September 2021–February 2022).

Postkoloniale Demokratiekritik

VON MARTIN NONHOFF

Die postkoloniale Demokratiekritik macht auf Widersprüche im Demokratieverständnis und in der Demokratiepraxis des Westens/Nordens aufmerksam und zwingt diesen, sich mit unangenehmen Fragen auseinanderzusetzen. Martin Nonhoff erläutert die Folgen dieser Kritik für die Demokratietheorie.

Wofür ist die Demokratie gut, wenn die international erhobene Forderung nach ihr einhergeht mit neokolonialer Überwältigung und globaler Ausbeutung? Warum soll man Demokratie für erstrebenswert halten, solange sie nicht schützt vor rassistischer Herablassung und weitgehender – oft ebenfalls von Rassismus durchdrungener – Gleichgültigkeit angesichts des abertausendfachen Sterbens auf den Migrationsrouten von Europa und Nordamerika? Es ist die postkoloniale Demokratiekritik, die uns zur Auseinandersetzung mit solchen Fragen drängt und uns damit die Möglichkeit eröffnet, noch einmal ganz grundsätzlich danach zu fragen, warum wir eigentlich Demokrat:innen sein wollen. Diese Frage an uns als Bürger:innen ist verwoben mit der Frage an die Demokratietheorie, wie man sinnvollerweise ihre Kernaufgabe beschreiben sollte. Unter den vielen Gesichtspunkten, die sich aus einer Auseinandersetzung mit postkolonialer und/oder anti-imperialistischer Demokratiekritik herausarbeiten ließen, will ich an dieser Stelle drei aufgreifen: die offenkundig strategischen Elemente des Demokratiediskurses in der internationalen Politik; die unterambitionierte Demokratiekonzeption, die dabei eine Rolle spielt; und die Verwobenheit von moderner Demokratie und Rassismus.

Erstens fällt es oft nicht besonders schwer, den Verweis westlicher Regierungen auf Demokratie als Leitwert als strategischen Spielzug einzuordnen. Die Kritik, dass auf Demokratie vor allem verwiesen wird, um Länder des globalen Südens disziplinieren zu können, muss nicht immer so harsch ausfallen wie etwa bei dem türkisch-amerikanischen Theoretiker Ferit Güven, der von der „Tyrannei der Demokratie“ spricht. Aber es ist ein wiederkehrendes Muster, dass dann, wenn westliche Staaten zu Krisen im globalen Süden Stellung beziehen, sie zwar einerseits Demokratie oder wenigstens „freie und faire“ Wahlen einfordern; aber dass andererseits die Proteste allenfalls zurückhaltend ausfallen, wenn eine gewählte, aber unerwünschte Regierung gewaltsam beseitigt wird, sofern der Putsch das betreffende Land für westlichen Einfluss offen gestaltet und insbesondere den Marktzugang ermöglicht. Der Sturz Allendes 1973 in Chile ebenso wie der Sturz Mursis 2013 in Ägypten bilden nur die bekanntesten Beispiele dafür, dass die eigenen Demokratieforderungen immer wieder hintangestellt und damit entwertet werden. Und so kann es nicht wirklich überraschen, wenn etwa der puertorica-



US-Soldaten führen auf einem Markt in Mahawil, Irak, eine Umfrage unter irakischen Wählern nach der Wahl durch (5. Februar 2009).

nische Soziologe Ramón Grosfoguel seitens westlicher Organisationen und Staaten gerne festgestellten Mangel an Demokratie in Ländern des globalen Südens in eine Reihe stellt mit dem früher bemerkten Mangel an Zivilisation oder an Entwicklung – nämlich als eine weitere Rechtfertigung für die fortgesetzte Beherrschung des Südens durch den Westen/Norden.

Zweitens verdeutlicht die postkoloniale Demokratiekritik, dass westliche Demokratieforderungen nicht nur oft Alibiforderungen sind, sondern dass sie zudem ein sehr schmales, staatlich-liberales Verständnis von Demokratie zugrunde legen. Nach einem solchen schmalen Verständnis erschöpft sich Demokratie im regelmäßigen Akt der Stimmabgabe, der damit verbundenen Option des Austauschs der politischen Eliten und in der Garantie freien Warenverkehrs. Die Vielfalt von egalitären und freiheitlichen Praxen *on the ground* gerät dabei leicht aus dem Blick, ebenso die radikaldemokratische Grundidee, dass sich Menschen auf gleicher Augenhöhe begegnen können müssen, wenn sie tatsächlich als freie Gleiche miteinander verkehren wollen. In diesem Zusammenhang geht es um wesentlich mehr als Wahlen, nämlich um gesellschaftsdurchdringende Demokratie, zum Beispiel auch in ökonomischen oder religiösen Bereichen – darum, die eigene Stimme als Gleicher erheben zu können und ernst genommen zu werden. Zugleich tauchen hier die eingangs gestellten Fragen auf, die in postkolonialen Kontexten besonders

virulent sind: Was ist eine Demokratie wert, wenn sie nicht von Beginn an anti-rassistisch und anti-klassistisch ist? Was nützt sie, wenn man immer noch gegenüber den ehemaligen Kolonialherren oder den lokalen Eliten buckeln muss? Gesellschaftliche Unterwerfungsverhältnisse (lokaler, nationaler und transnationaler Art) sind jedenfalls nicht einfach beseitigt, wenn man „freie und faire Wahlen“ und Marktwirtschaft oktroyiert, also genau das als Ideal verkauft, was etwa James Tully als „low-intensity democracy“ bezeichnet.

Drittens sind rassistische Strukturen nicht nur ein mehr oder weniger kontingentes Problem für die Demokratie, sondern – und diese Beobachtung ist im Diskurs postkolonialer Theoriebildung von zentraler Bedeutung – die Geschichte der modernen Demokratie ist aufs Engste verwoben mit einem rassistisch-kolonialen Dispositiv. Die postkoloniale Kritik hat immer wieder – jüngst zum Beispiel in Gestalt von Achille Mbembe – darauf hingewiesen, dass es den Kolonialmächten (und ihren staatlichen Nachfolgern wie den USA oder Südafrika) ohne viel Aufhebens möglich war, in ein und demselben Rechtsrahmen egalitäre Praxen für die einen und Praxen der Unterwerfung für die anderen festzuschreiben. Sklaverei, Apartheid und verschiedene koloniale Massaker gehören zur Geschichte der modernen Demokratie ebenso wie das Versprechen auf die gewaltfreie Selbstregierung von Freien und Gleichen. Dass beides kognitiv zu vereinbaren war, lässt sich nur dadurch erklären,

dass sich das abstrakte Denken von Freiheit und Gleichheit immer wieder mit einem konkreten Rassismus verband, der es erlaubte, nur bestimmte, in Bezug auf Herkunft und körperliche Erscheinungsform „geeignet“ erscheinende Menschen zu den Freien und Gleichen zu zählen. Dass die rassistische Ideologie, die die moderne Demokratie begleitet, heute keineswegs ad acta gelegt wurde, belegt zum Beispiel die verbreitete Gleichgültigkeit gegenüber dem migrantischen Sterben im Mittelmeer, aber auch die Tatsache, dass die von westlichen Konzernen etablierten Gewaltregime, die regelmäßig mit der Ausbeutung wichtiger Ressourcen im globalen Süden einhergehen, kaum geahndet werden. Ganz offensichtlich sind in Demokratien menschliche Opfer auf unterschiedliche Weise betrauerbar – und ob sie betrauert werden, hängt ganz wesentlich mit hierarchisierenden und rassifizierenden Markierungen zusammen.

Die nun kurz umrissene postkoloniale Demokratiekritik legt vier Konsequenzen nahe: Erstens hilft sie uns, uns wieder daran zu erinnern, dass hinter den liberal-demokratischen Staatsformen eine unbedingte Idee gleicher Freiheit (und von Selbstregierung der gleichen Freien) liegt; unbedingt in dem Sinn, dass es um die gleiche Freiheit *aller* geht. Zweitens ist es im Anschluss hieran zwingend erforderlich, die Geschichte der Demokratie nicht einfach als Idealgeschichte zu zeichnen, in der sich der demokratisch-emanzipierende Geist zwangsläufig

in liberalen Staatsordnungen manifestiert. Wenn wir übersehen, dass sich in der Geschichte der Demokratie Licht (das Versprechen einer Selbstregierung der freien Gleichen) und Schatten (Sklaverei, kolonialisierende Unterwerfung, tötende Grenzpolitiken) vermengen, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Schattenseiten immer und immer wieder wiederkehren. Drittens kann sich die Demokratietheorie nicht damit bescheiden – so interessant das mitunter auch sein mag – ideale liberal-demokratische Institutionenordnungen zu entwerfen und deren Inkraftsetzung zu vermessen. Sie muss vielmehr ihr Augenmerk einerseits auf die Vielfalt demokratiestützender, egalitärer und freiheitlicher Praxen und andererseits auf die demokratiegefährdenden, anti-egalitären und anti-freiheitlichen Unterwerfungspraxen richten. Die Kämpfe, die aus dem Gegenüber dieser beiden Praxisformen resultieren, bilden das Material einer Theorie radikaler Demokratie, die sich die Kritik von Unterwerfung zur zentralen Aufgabe macht. Viertens muss das Ziel lauten – auch wenn es wohl stets nur unvollständig erreicht wird – die demokratischen Kämpfe tatsächlich global zu untersuchen und so – mit Boaventura de Sousa Santos gesprochen – in die Demokratietheorie Epistemologien des Südens einzuschreiben. <

Martin Nonhoff ist Professor für Politische Theorie am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien der Universität Bremen. Von April bis Juli 2021 war er Fellow am IWM.

Die Entscheidung für Freiheit im Gulag

VON TIMOTHY SNYDER

Ein junger Mann namens Myroslaw Marynowytsch wurde 1977 verhaftet, weil er die Wahrheit über sein Land gesagt hatte. Das Verbrechen, für das er verurteilt wurde, war die Verbreitung von Bulletins über Menschenrechtsverletzungen in der sowjetischen Ukraine. Seine Memoiren sind ein bescheidener und beeindruckender Erfahrungsbericht eines Mannes, der in der Hölle heranreift.

Die Menschenrechte stellten in den 1970er Jahren eine unerwartete Herausforderung für die sowjetische Macht dar. Neben den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und allen europäischen Staaten mit der Ausnahme Albaniens unterzeichnete die UdSSR 1975 die Schlussakte von Helsinki. Dieses Abkommen bestätigte bestehende Grenzen, bereitete den Weg für Rüstungskontrollverhandlungen und bekräftigte die Achtung der Menschenrechte.

In der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Satellitenstaaten griffen Bürgerinnen und Bürger auf das Konzept der Menschenrechte zurück, um ihre öffentliche Tätigkeit zu bestimmen. Wenn Menschenrechte nunmehr zum Rechtsbestand des Landes gehörten, argumentierten sie, müsse es auch legal sein, Verstöße gegen sie zu dokumentieren.

Die Ukrainische Helsinki-Gruppe, der Marynowytsch 1976 beitrug, folgte dieser Logik. Ihre Mitglieder publizierten Informationsmaterialien über Schikanen, Inhaftierungen, Gerichtsverfahren und Urteilsprüche, von denen sowjetische Bürgerinnen und Bürger betroffen waren. Die Tätigkeit dieser Ukrainischen Helsinki-Gruppe führte unmittelbar zur Verfolgung ihrer Mitglieder, die wiederum von den Verbliebenen dokumentiert wurde.

Marynowytsch wurde 1977 inhaftiert, für beinahe ein ganzes Jahr verhört und 1978 vor Gericht gestellt. Er wurde zu sieben Jahren Gulag und weiteren fünf Jahren Verbannung verurteilt. Die Einrichtung, in die er verbracht wurde, Perm-36, war das vielleicht berüchtigtste Lager seiner Zeit und wurde für Menschen gebraucht, von denen behauptet wurde, sie hätten „besonders gefährliche Verbrechen gegen den Staat“ verübt: also für Gesinnungshäftlinge. In Perm-36 waren zu dieser Zeit, wie überhaupt im ganzen Gulag über seine gesamte Geschichte hinweg, eine überproportional große Anzahl der Gefangenen Ukrainer.

Schon bald nachdem Marynowytsch aus Perm-36 entlassen und nach Kasachstan verbannt worden war, wurde Michail Gorbatschow Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In einer Zeit der Reformen wurde die Bestrafung von politischen Gefangenen zu einer peinlichen Angelegenheit. Marynowytsch wurde neben anderen Dissidenten 1987 freigelassen. Er kehrte in die Ukraine zurück, wo



Myroslaw Marynowytsch in Kharkiv, 15. Mai 2013.

Photo: Kharkivian / commons.wikimedia.org

er im Dezember 1991 das Ende der Sowjetunion miterlebte. Sein zivilgesellschaftliches Engagement in der unabhängigen Ukraine ist bis heute ungebrochen.

Das Konzept der Menschenrechte, das für Marynowytschs Geschichte so zentral ist, kann in seiner Abstraktion hehr erscheinen: Es beinhaltet bestimmte Pflichten, die jeder Staat gegenüber allen Personen einhalten muss, und die einem ethischen Ideal entspringen, das keine Macht zu ändern vermag. Angesichts der formalen rechtlichen Verpflichtungen, die die kommunistischen Regime 1975 in Helsinki eingegangen waren, hätten die Menschenrechte ein zweckmäßiges Instrument gegen dieselben darstellen können.

Doch der edle Geist und die Zweckmäßigkeit erklären ihre Anziehungskraft nicht ganz: Entscheidend ist die Möglichkeit, ein individuelles Leben ungestört zu führen, und zwar mit all seinen unvorhersehbaren Verbindlichkeiten. Die scheinbar abstrakte Idee der Menschenrechte lief darauf hinaus, dass ein Leben für individuelle Zwecke und nicht nach Gutdünken der Mächtigen gelebt werden sollte. Eine Dissidentin oder ein Dissident war in dieser Situation ein Mensch, der Uniformität nicht als Selbstzweck akzeptierte.

Die Sprache der Menschenrechte vermittelte die Erwünschtheit einer (engen) Beziehung zwischen dem Innen- und dem Außenleben. Es sollte normal sein, dass eine Person wenigstens einige Präferenzen und Überzeugungen ausleben kann, anstelle sie bei sich behalten zu müs-

sen und beständig zu lügen. Es sollte normal sein, dass Menschen einen gewissen Freiraum in ihrem Leben haben, ihre Sichtweisen kundzutun, ihre eigene Kultur zu wählen. Der Einsatz für die Menschenrechte bedeutete, eklatante Verstöße des Staates gegen sie zu dokumentieren – Verhaftungen, Repressionen, Deportationen –, oftmals nur, damit über Menschenrechte gesprochen wurde.

Die Menschenrechte boten einigen Sowjetbürgerinnen und -bürgern wie Marynowytsch und seinen Freunden der Ukrainischen Helsinki-Gruppe somit eine Möglichkeit, den impliziten sowjetischen Wert der Konformität direkt in Frage zu stellen, ohne die explizite Ideologie des Sozialismus zu hinterfragen. Indem sie ihre Tätigkeit offenlegten und behaupteten, ihre einzige Absicht bestünde darin, das Bekenntnis der Sowjetunion zum Recht zu würdigen, betonten diese Dissidentinnen und Dissidenten ihre eigene Rechtschaffenheit. Die sowjetischen Behörden erkannten sofort, dass darin eine implizite Bedrohung bestand und trachteten danach, die nach 1975 entstandenen Menschenrechtsnetzwerke zu zerschlagen. Der Menschenrechtsaktivismus wurde als die gefährlichste Form des politischen Verbrechens betrachtet.

Neben und in engem Zusammenhang stehend mit der Vorstellung der Menschenrechte, stellt in Marynowytschs Memoiren die Auseinandersetzung mit der Freiheit die vielleicht größte Herausforderung für die Leser dar. Für Menschen im

Westen wird es verlockend sein, sich auszumalen, dass sie in den 1970er und 1980er Jahren frei waren und dass das Buch, das sie in den Händen halten, eine Schilderung sowjetischer Unfreiheit ist. Das entspricht nicht ganz Marynowytschs Position. Natürlich dokumentiert er die Schrecken des Lagers („die Zone“) und der Sowjetunion selbst („die große Zone“). Und doch spricht Marynowytsch von sich und seinen Gefährten als freie Menschen.

Zur Freiheit gehört eine Kohärenz zwischen dem Innen- und dem Außenleben. Das bedeutet, dass es ein Innenleben geben muss, eine Reihe von Bekenntnissen zu religiösen, ethischen oder ästhetischen Werten, die sich auf die Welt, wie sie sein soll, richten – im Gegensatz zu der Welt wie sie ist. Freiheit würde folglich auch eine gewisse Fähigkeit voraussetzen, diese Werte in der Außenwelt zu verwirklichen, oder, falls dies nicht möglich ist, Risiken einzugehen oder für sie zu leiden. Das ist es, was Marynowytsch und seine Mitgefangenen aus Gewissensgründen taten.

Marynowytsch entschied sich für Werte, die er verteidigen wollte. Weil er eine Entscheidung traf, kann er seine eigenen Taten als Opfer beschreiben, als Leid, das Bedeutung hatte. Der Schmerz hatte einen Sinn, weil er die Lücke zwischen einer unzulänglichen Außenwelt und den Werten der Menschen zu schließen vermochte. Erbringt man ein Opfer dieser Art, schreibt er, behält der Leidende die Handlungsfähigkeit, während der Peiniger an den Rand gedrängt wird.

Freiheit, meinen wir heute, würde bedeuten, Impulsen nachzugeben und uns zu beschweren, wenn dies nicht möglich ist. Doch je impulsiver unsere Handlungen sind, je mehr sie also eine flüchtige Emotionsregung verwirklichen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie die Macht von jemand oder etwas anderem widerspiegeln. Wenn wir Impulsen nachgeben, verkümmert unser Innenleben und die Außenwelt bestimmt alles. Dieser Prozess ist vollzogen, wenn wir das Wort „Freiheit“ selbst aufgeben und mit diesem lediglich Momente unserer besinnungslosen Wut und unseres bestialisches Selbst fassen. Die Geschichte von der Freiheit endet, wenn wir keinen Unterschied mehr erkennen zwischen Freiheit und Instinkt.

Es mag nicht wie Freiheit anmuten, den eigenen Kopf in eine Latrine

zu stecken. Doch als ein russischer Dichter in Perm-36 Geburtstag hatte, verfasste jeder seiner Freunde ein Gedicht für ihn und trug es auf die einzige Art und Weise vor, auf die er es vernehmen konnte, nämlich durch die für die Exkremte gegrabenen Stollen. Die Gedichte zu hören bereitete dem Mann Freude. Nur freie Menschen waren in der Lage, sich eine Geste wie diese auszudenken und sie in die Tat umzusetzen. Marynowytsch ist sich darüber im Klaren, dass dieses Bild die Leser verwirrt zurücklassen wird und betont, dass eine solche Handlung damals vollkommen normal wirkte. Er zitiert aus Semen Hluszmanns Memoiren: In Perm-36 „schufen wir unsere eigene Welt und wir waren frei“.

Marynowytsch unterdrückte seine elementarsten Instinkte. Er trat mehrmals in den Hungerstreik, eine Tat, die sich direkt gegen die physische Selbsterhaltung richtet. Einmal hungerte er zwanzig Tage lang aus Solidarität mit einem Mitgefangenen, der ebenfalls in den Hungerstreik getreten war. „Der Selbsterhaltungstrieb“, schreibt er, „schreit laut auf, wenn man in den Lauf eines Maschinengewehrs startet, von böartigen, abgerichteten Hunden umgeben ist, in überfüllten Fahrzeugen zu ersticken droht, durch Unterernährung so erschöpft ist, dass der Körper anschwillt. ... Aber so wie der Heldenmut nicht ewig währt, ist auch die Angst nicht unvergänglich.“

Marynowytsch glaubt, dass „das Leid, das ich ertragen habe, mir die spirituelle Kraft gab, die meinem Leben seinen wahren Sinn verlieh“. Dieser metaphysische Sinn ist eine Begegnung mit Gott. Der irdische Sinn erwächst für Marynowytsch aus der Gemeinschaft mit anderen: mit seinen Mithäftlingen, mit denen und für die er litt, mit ukrainischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, mit sowjetischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, mit all jenen, deren Menschenrechte verletzt wurden und werden. Solidarität ist Ausdruck einer freien Entscheidung. <

Dieser Text ist eine gekürzte Fassung der Einleitung, die Timothy Snyder für die englische Ausgabe der *Memoiren von Myroslaw Marynowytsch* verfasst hat. Übersetzung ins Deutsche von Katharina Hasewend.

Timothy Snyder ist Richard C. Levin Professor für Geschichte an der Yale University und Permanent Fellow am IWM.

The Dangers of the Everyday

BY DIMITER KENAROV

He was one of the most illustrious and beloved Bulgarian writers of the communist era. He decided to leave everything behind to pursue his dream of being somebody else, somebody better, somebody free. He failed. He succeeded. He was murdered because of his dream. This is the story of Georgi Markov.

On September 7, 1978, while crossing London's Waterloo Bridge on his way to work at the BBC, the Bulgarian writer and journalist Georgi Markov was shot in the right leg with a 1.52-millimeter poisonous pellet—as tiny as the tip of a ballpoint pen—by an undercover agent of Bulgaria's intelligence services. He felt a slight sting and did not think much of it, but that evening he began to show symptoms of illness and his condition quickly deteriorated. Four days later, in spite of the efforts of doctors, Markov's heart went into cardiac arrest. He was forty-nine years old.

Markov's death became one of the most notorious assassinations of that era, a James Bond-style operation that the press dubbed "the umbrella murder" (it was assumed at the time that the pellet had been shot via a modified umbrella). It made headlines all over the world and remained in the news for months. Investigators and journalists alike began working to solve the mystery of the crime. Why would anybody kill a fairly unknown émigré in such bizarre fashion? What had he done to deserve death? Who was Georgi Markov?

Before he left Bulgaria for good in the summer of 1969, Markov had been one of its most famous and celebrated writers, the darling of readers and even some party officials. His fiction received major literary prizes and was adapted into movies. His plays were staged in many of the big theaters in the capital, Sofia. He co-wrote the script of the most popular Bulgarian TV drama series of that time, *At Every Kilometer*. For all of this, he was, of course, handsomely rewarded. Something of a bon vivant, he drove a silver BMW, took part in high-stakes illegal poker games, attended parties and lavish dinners with politicians, and even accompanied the country's leader and de facto dictator, Todor Zhivkov, on nature hikes.

At the same time, Markov never lost sight of the numerous compromises he had to make as an officially recognized artist and of the self-censorship involved. "That was precisely the purpose behind the sweet life offered us—to stop us writing," he wrote in one of his essays.

Markov's decision to abandon Bulgaria and throw away his entire career—fame, money, and privileges—came about slowly, a product of his growing disgust with his participation in the system and his frustration with the country's increasingly reactionary politics after the crushing of the Prague Spring in 1968. He also had vague hopes of



Georgi Markov in Berlin, 1967.

Photo: By courtesy of Annabel Markova (family archive)

making it as an artist abroad, feeling that the provincial atmosphere in Sofia was much too limiting for his talent and abilities.

"I am indeed happy with the path I have chosen, however costly it may be," Markov wrote to his Bulgarian ex-wife, Zdravka Lekova, in a letter from London. "I have not regretted my actions for a second and I do not miss the pseudo-literary life in Bulgaria, and my false happiness as a literary parvenu. The coming days may be difficult and impoverished, then again I might be lucky, but the most important thing for me is that I will write the works I want to write without taking anyone's opinion into account."

Nothing really seemed to work at first. When Markov moved to London in the summer of 1970, after a brief stint in Italy, he had no money and no connections. He rented two rooms of a house in a dingy part of southwest London and, with no steady job and no knowledge of English at first, had to rely on the generosity of a few acquaintances. Unlike literary émigrés from the Soviet Union, Poland, Hungary, or Czechoslovakia, who enjoyed at least some public attention in the West and occasionally had access to university positions and translators, Bulgarians had practically no support networks. Of all the Soviet bloc countries, Bulgaria—the closest satellite of the Soviet Union—was the least known and considered the least interesting. Markov stood little chance in his newly adopted country.

Yet he persevered. He quickly learned the language and eventually found a job as newscaster at the BBC's Bulgarian service. Soon, he also began to contribute regular cultural and political pieces on Bulgaria—increasingly critical in tone—for Germany's Deutsche Welle radio, broadcasting on short wavelengths to audiences behind the Iron Curtain. It was Markov's series of personal narrative essays for the U.S.-sponsored Radio Free Europe, *In Absentia Reports About Bulgaria*, however, that put him in the line of fire of the country's State Security intelligence service and turned him into one of the most reviled and dangerous enemies of the regime.

With channels for free communication with the countries of the Soviet Bloc effectively closed, radio was often the easiest and most reliable means for delivering information to citizens there. It was the reason communist governments viewed all radio broadcasts coming from the West as conduits of "ideological sabotage"—one of the worst possible crimes in their eyes—and relentlessly jammed their frequencies. In spite of this, millions of people found ingenious ways to tune in.

Markov's indefatigable radio work was seen as particularly incendiary. His *In Absentia* ran weekly from November 1975 to June 1978, for a total of 137 installments (two of which have been translated in full here), and quickly gained popularity in Bulgaria. Eloquent and engaging, written in the best tradition of

narrative journalism, his essays offered an eclectic mix of personal memoir and overheard stories, vivid human portraits and entertaining anecdotes, popular history, and philosophical analysis. As a former insider, he openly acknowledged his once privileged role in the system and went on to expose the secret lives of high officials and party functionaries, intellectuals, and artists. However, he never forgot the people from "the lower depths," those on the margins, to whom he devoted some of his most colorful pages: factory workers and university students, prostitutes, and tramps. Politics aside, he often dealt in his writing with the everyday. He tackled such diverse topics as education, illness, sex, tourism, shopping, and the fetishism for Western goods. In effect, Markov produced what was the most candid, incisive, and comprehensive portrait of Bulgaria under communist rule from the end of the Second World War until the late 1960s.

It may seem a little strange today, even unbelievable, that a person could be killed for telling such ordinary stories, that a fairly stable political system would decide to employ its entire repressive apparatus and human and financial resources in order to eliminate one voice talking over the radio. Markov described neither the violence of the concentration camps nor any murderous spree. But by exposing the regime's ideological fraudulence and moral hypocrisy, by showing its pedestri-

an, everyday character, its banality of evil, he undermined the grand project of mythmaking that every political system relies on for its legitimacy and survival.

Despite the notoriety of "the umbrella murder," or rather because of it, Markov's life and work remain largely unknown. Whenever his name crops up, it is only in relation to his final moments, the spy story, the cloak-and-dagger assassination. All the documentary movies and the vast majority of studies focus on the sensationalism of his death and its place in the political context of the times. "The umbrella" seems to have been an effective ruse for it managed to conceal the victim. It has created a cultural cliché, which has unfortunately overshadowed the complexity and contradictions of Markov's character and his times. But it is in the accidental interstices of history, in the messiness of personal emotions and motivations, in the twists and turns of the everyday (which Markov himself was so interested in) where I believe we could discover a deeper kind of truth, more subjective and ambiguous perhaps, but somehow more authentic. To understand who Georgi Markov was, and what the Cold War meant, we have to look first into the very warm human heart. ◀

Dimiter Kenarov is a freelance journalist, poet, literary critic, and translator. He is Milena Jesenská Fellow 2021 at the IWM.

Staatenlos und entrechtet

VON RANABIR SAMADDAR

Obwohl internationales Recht sie zu beseitigen sucht, nimmt Staatenlosigkeit weltweit zu. Durch prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gekennzeichnet, ist sie das Produkt einer exkludierenden Staatsbürgerschaftspolitik. Das Unvermögen, Recht für sich geltend zu machen, bildet den Kern der Staatenlosigkeit.

Das Phänomen der Staatenlosigkeit hat mittlerweile globale Ausmaße angenommen. Staaten und Staatsbürgerschaftspolitiken sehen sich heute einer großen Zahl von Menschen gegenüber, die an keinem Ort zuhause sind. Zu ihnen zählen Flüchtlinge, Asylbewerber sowie zahlreiche illegal arbeitende Menschen, die sich über Grenzen hinweg bewegen. Diese Bevölkerungsströme sind zu einem großen Teil der logistischen Neuausrichtung der globalen neoliberalen Wirtschaft geschuldet, die auf eingewanderte – legale wie illegale – Arbeitskräfte angewiesen ist. Obwohl „sichere und geordnete Migration“ eine zentrale Forderung des UNO-Migrationspakts ist, bringt die Entwicklung in den Bereichen Infrastruktur und Logistik eine Ausweitung ungeordneter Arbeitsmigration nach sich, im Zuge derer ein beträchtlicher Teil der Menschen aus der Legalität gedrängt wird. Dauerhaftes *displacement* und anhaltende Illegalität führen zu Staatenlosigkeit.

Während für den Liberalismus und die klassische bürgerliche Demokratie alle Menschen *de iure* Subjekte eines Gemeinwesens und damit legale Wirtschaftssubjekte sein sollen, bringt die neoliberale Wirtschaft also Subjekte jenseits des Rechts hervor; Subjekte, die in der Wirtschaft sichtbar, in der Politik jedoch unsichtbar sind; Subjekte, die nicht vertreten werden können und denen es nicht möglich ist, sich auf Recht zu berufen.

Trotz der jüngsten Bemühungen des UNHCR in Form des Globalen Aktionsplans zur Beendigung der Staatenlosigkeit wird es immer deutlicher, dass sich das Problem der Staatenlosigkeit mit dem gängigen rechts- und politikwissenschaftlichen Verständnis nicht in den Griff bekommen lässt. Die Ausmaße, die die Staatenlosigkeit in der Gegenwart angenommen hat, deuten auf eine gravierende Schwäche des internationalen Rechts hin, dem Problem angemessen zu begegnen. Statt zu verschwinden, breitet es sich weiter aus.

Das gängige internationale Rechtsverständnis von Staatenlosigkeit vermag dieses wachsende Phänomen nicht angemessen zu theoretisieren. Während sie traditionell als Ergebnis eines ausgedehnten Flüchtlingsstatuts verstanden wird, ist sie auch Produkt einer bestimmten Staatsbürgerschaftspolitik sowie einer Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen zahlreicher Bevölkerungssegmente.

Ironischerweise hat sich so das Rechtswesen selbst als einer der wichtigsten Orte der Staatenlosig-



Rohingya-Flüchtlinge aus Myanmar in Bangladesch, Cox's Bazar, 29. September 2017.

keit erwiesen. „Prekarität“, das allgegenwärtige Merkmal von Staatenlosigkeit, ist kein rechtlicher Zustand. Das Recht versäumt es, Prekarität in sein Verständnis von Staatenlosigkeit einzubeziehen. Je mehr es versucht, die Staatenlosigkeit zu definieren, ohne die vielfältigen Inklusions- und Exklusionspraktiken (*citizenship making*) in den Staaten zu berücksichtigen, desto mehr produziert es aus den Millionen von prekären Menschen, die nicht in das privilegierte Universum der Bürger eintreten können, die Staatenlosen.

In einem Land nach dem anderen können wir beobachten, wie die Politik der Staatsbürgerschaft direkt oder indirekt durch ein erstaunliches Zusammenwirken der beiden Säulen moderner Herrschaft, nämlich der Bevölkerungspolitik und des Territoriums, umgestaltet wird. Fast überall produziert die Staatsbürgerschaftspolitik dabei *die anderen*: die Fremden, die Staatenlosen. Die Institution der Staatsbürgerschaft wird von Gespenstern heimgesucht, die als längst gebannt galten, von *blood*, *race* und *residence*. Einer der Hauptgründe, warum Menschen die Staatsangehörigkeit verweigert oder entzogen wird und sie folglich staatenlos werden, ist rassistische bzw. ethnische Diskriminierung. Man denke an Schwarze in Mauretanien (1989), ethnische Russen in Estland (nach 1991), viele Ex-Jugoslawen in den jugoslawischen Nachfolgestaaten (1990er Jahre), Südbhutaner in Bhutan (späte 1980er und 1990er Jahre) und nun Rohingyas in Myanmar, die größte staatenlose Bevölkerung unserer Zeit, die seit Jahrzehnten Gewalt, Menschenrechtsverletzungen

und Zwangsumsiedlungen ausgesetzt ist. In vielen postkolonialen Ländern sind ethnische und nationale Identitäten faktisch miteinander verschmolzen, und Staatenlosigkeit ist das Produkt einer diskriminierenden Minderheiten-Governance. Die Staatsbürgerschaftsgesetze einiger Länder, die vom *ius soli* zum *ius sanguinis* übergegangen sind, sind stark vom exklusiven Selbstverständnis der „Mehrheit“ durchdrungen, die von sich behauptet, die „Nation“ zu verkörpern. Ethnische Befangenheit, Vorurteile und politische Erwägungen der herrschenden Eliten bestimmen die Politik der Verleihung und Verweigerung der Staatsbürgerschaft.

Doch auch immer mehr Menschen, die nicht von der traditionellen rechtlichen Definition der Staatenlosigkeit erfasst werden, leben unter Bedingungen, die es ihnen nicht erlauben, sich auf Recht zu berufen und werden so *de facto* zu „Staatenlosen“. Denn selbst die Institution der Staatsbürgerschaft kann nicht verhindern, dass ein beträchtlicher Teil von „Bürgern“ das Leben von Staatenlosen führt. „Bürger“ waren früher die Bewohner der Städte. Postkoloniale Städte sehen heute zunehmend wie Lager aus, während sich ausbreitende lagerähnliche Siedlungen immer mehr Städten ähneln. Die Realität dieser städtischen Räume widerspiegelt die strukturellen Vulnerabilitäten und Erfahrungen, die Staatenlose, Flüchtlinge, Migranten aber auch Bürger teilen. Städte produzieren zunehmend Subjekte, die nicht in der Lage sind, eine legale Subjektivität für sich zu beanspruchen. Zu

den bekanntesten und berüchtigsten Orten der Staatenlosigkeit gehört die Sexarbeit, die eine der wichtigsten Formen subalternen städtischer Migrantenarbeit darstellt. Die Staatenlosigkeit beraubt die Menschen sogar ihrer Rechte über ihren Körper und ihrer Lebenswürde. Sie beraubt sie der Möglichkeit, gegen ausufernde Ausbeutung zu protestieren. Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen und Staatenlosigkeit fließen in dieser Weise ineinander. Das eine führt zum anderen. Staatenlosigkeit ist somit der Ort, an dem das Leben und die Erfahrungen der *de facto* staatenlosen Menschen und derjenigen, die sich im Hinblick auf ihren rechtlichen Status in der Schwebe befinden, zusammenlaufen.

Je prekärer die Lebensbedingungen der entwurzelten Menschen werden, desto mehr flüchten sie auf das Meer. Doch welche Möglichkeiten des Schutzes gibt es für Staatenlose oder Flüchtlinge, die sich auf hoher See verirren? Die komplexe rechtliche Infrastruktur, in der die Seeverkehrsvorschriften eingebettet sind, lassen die Schutzverantwortung der Staaten oft im Dunkeln, was wiederum verschiedene Formen der Rechtslosigkeit nach sich zieht.

Der internationale Schutzmechanismus für Staatenlose ist schwach, da er innerhalb der souveränen Gerichtsbarkeit jener Staaten, in denen die Mehrheit der Staatenlosen lebt, keine Anwendung findet. Die Staaten kontrollieren ihre Grenzen und legen die Staatsbürgerschafts- und Einwanderungspolitik eigenständig fest. Die jeweiligen Einwanderungsgesetzgebungen machen zudem keinen Unterschied zwischen

Staatenlosen und anderen Migranten. Dabei geht es auch um die Frage der Zuständigkeit und damit *der Verantwortung*: die Verantwortung des Staates, der die Vertreibung auslöst; die Verantwortung des Staates, der Schutz und Asyl gewähren muss; die Verantwortung der Regionen (man denke nur an die verschiedenen regionalen Initiativen und Vereinbarungen); und nicht zuletzt die Verantwortung der Mächtigsten, die die globale Governance einschließlich der internationalen rechtlichen Regelungen maßgeblich bestimmen.

Das kumulative Ergebnis der Versäumnisse aller dieser Akteure und Institutionen ist massive *De-facto*-Staatenlosigkeit.

Will man gegen die expandierende Staatenlosigkeit vorgehen, ist es zwingend erforderlich, über die Opposition „Staatsbürgerschaft-Staatenlosigkeit“ hinauszugehen und die Verflechtungen zwischen der Konstruktion von Staatsbürgerschaft, *De-iure*- und *De-facto*-Staatenlosigkeit unter die Lupe zu nehmen und zuallererst an der Beseitigung der prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten, die Rechtslosigkeit und somit Staatenlosigkeit hervorbringen.

Wir hoffen, dass die gemeinsame Initiative des IWM und der *Calcutta Research Group* zur Erforschung von Orten der Staatenlosigkeit in der heutigen Welt wichtige Einsichten zu diesem sehr brisanten Problem unserer Zeit zutage fördern wird. <

Ranabir Samaddar ist Distinguished Chair für Migrations- und Zwangsmigrationsstudien, *Calcutta Research Group*, Kolkata, Indien, und regelmäßig als Gastwissenschaftler am IWM.

The Production of Statelessness in Europe

BY ELSPETH GUILD AND SANDRA MANTU

Since the attacks in London in 2005 and Paris 2015, there has been an increasing focus on the question of citizenship: do citizens who are suspected of engaging in terrorism “deserve” to retain their citizenship or is this a privilege which should be reserved for those citizens whom the state does not consider a threat?

Worldwide states have become increasingly interested in using citizenship deprivation in the fight against terrorism. One of the results of this state interest in citizenship deprivation powers is the judicialization of nationality claims at the national and supranational levels as individuals affected by citizenship deprivation orders have challenged them in court with varying degrees of success. On one hand, nationality law is deployed by state authorities as the tool through which citizenship status and rights (e.g. passport denial, entry bans) are taken away from citizens deemed dangerous or lacking loyalty. On the other hand, human rights law is mobilized by applicants and expected to step in and effectively protect them. While from a national security perspective, home-grown terrorists and foreign “terrorist” fighters are treated as security threats, depriving them of citizenship, nonetheless, encroaches upon their human right to nationality. The development of judicial standards that states must observe in the exercise of their nationality powers points towards supranational human rights law being used and developed into a source of protection for affected individuals. The result is that state sovereignty over nationality—who decides who belongs to the state—is challenged by supranational judicial authorities and their reception by national judicial authorities.

We want to take a closer look at the European Convention on Human Rights (ECHR) as a source of protection for the right to nationality and at the case law of the European Court of Human Rights (ECtHR) on citizenship deprivation. The ECtHR's engagement with nationality issues from a human rights perspective is an important development in terms of how the relationship between the state and its citizens is understood and given legal protection in the development of legal standards on arbitrary deprivation of nationality.

Although not expressly included among the rights protected by the Convention, the ECtHR has developed a growing body of jurisprudence on the protection of the human right to nationality as part of Article 8 ECHR. The ECtHR's inclusion of nationality in the catalogue of rights protected by the Convention is part of a trend towards the internationalization and judicial-



By courtesy of Negris Camella.

ization of nationality and nationality related claims that in the not so distant past would have seemed improbable. In fact, in the 80's the former European Human Rights Commission considered that nationality was not within the ECHR's scope because none of its articles expressly referred to it. Although attempts were made to adopt an additional protocol to the ECHR dealing with nationality, these were unsuccessful: nationality matters were seen as very much connected with questions of state sovereignty and the willingness of ECHR state parties to bound themselves by such a protocol subjected to the Court's jurisdiction were seen as very slim.¹ This failure led to the adoption of the European Convention on Nationality (ECN) in 1997 as a separate Coun-

cil of Europe instrument. The ECN is considered as a modern instrument in the field of nationality law and providing a higher standard of protection against loss of nationality than its UN counterpart, namely the 1961 Convention on the Reduction of Statelessness. However, the reach of the ECN is somewhat limited by the low number of ratifications (the UK is not a state party, for example) and the fact that its observance is not entrusted to a supranational judicial body. This explains why the ECHR with its judicial enforcement mechanism remains an attractive avenue to pursue in case of a violation of one's right to nationality. The Strasbourg Court has now acknowledged that nationality forms part of a person's social and legal identity (*Genovesse v Malta*) and an arbitrary denial or

deprivation of nationality engage Article 8 ECHR.

The reaction and approach of the national constitutional dimension of citizenship deprivation is also central to this issue of states' claim to dispose of unwanted citizens through deprivation procedures. At the national level there has also been a strong judicialization of deprivation, where the separation of powers central to many modern states has come under pressure. As state authorities claim the right to dispose of citizens through the un-making of citizenship, the judiciary is forced to consider the legality of this exercise of executive power. Taking as indicative of this new challenge to the construction of the modern democratic state we take the case of *Shamima Begum* a woman born a British citizen in the UK but who, as a child (15 years old) ran away to Syria to be

the bride of an ISIS fighter. As the civil war in Syria began to come to an end and ISIS was increasingly deprived of territory, the UK Government decided to deprive Begum of her British citizenship on the basis that this was conducive to the public good. The ground was based on the fact that she had voluntarily associated herself with ISIS (which the UK Government considers a terrorist organisation) by going to ISIS held territory and marrying a fighter there. Although there was no evidence that Begum had engaged in terrorist activities as such, nonetheless, her close connection with ISIS fighters was considered sufficient for her to be deprived of the possibility of returning to the UK. Unlike the *Ghoumid* case,² there was little clarity on whether Begum also

held a second nationality. The British government argued that as her parents had been born in Bangladesh, according to their reading of Bangladeshi nationality law, she was entitled to Bangladeshi citizenship. Begum had never sought a Bangladeshi passport or claimed Bangladeshi citizenship. Indeed, when inquiries were made of the Bangladeshi authorities they confirmed that their law did not extend citizenship or the entitlement to acquire citizenship to persons in Begum's situation. Nonetheless, the UK Supreme Court held that she was indeed entitled to Bangladeshi citizenship and so the deprivation of British citizenship would not render her stateless. However, in fact Begum is now stateless. She lives in a refugee camp in Kurdish controlled Iraq in appalling conditions. In this case, the judiciary attempt to reconcile the constitutional right to citizenship and the international commitments to reduce statelessness by externalising the issue. By accepting the government's argument that Begum should be the citizen of Bangladesh, whether or not the Bangladeshi authorities accept this allocation of citizenship, the court sought to avoid a direct challenge to international law. But the mechanism used, allocating responsibility for the unwanted young woman to another country, a former colony on the basis that the UK court is better placed to determine the “real” meaning of Bangladeshi citizenship law than the Bangladeshi authorities, perpetuates a form of legal colonial thinking where the centre of ‘truth’ lies not with the national authorities (or courts) of the sovereign state but with those of the former colonial power. <

- 1) Mantu, S.A. *Contingent citizenship. The law and practice of citizenship deprivation in international, European and national perspectives* (Immigration and asylum law and policy in Europe, 37). Leiden 2015.
- 2) The case *Ghoumid and others v France* concerned the citizenship deprivation of five French citizens with dual nationality. In its decision the ECtHR failed to recognise any violation of the European Convention on Human Rights and Fundamental Freedoms.

Elsbeth Guild is Professor of Law at the Queen Mary University in London as well as at the Radboud University Nijmegen in the Netherlands.

Sandra Mantu is Assistant Professor for Sociology of Law and Migration Law at the Radboud University.

Staatenlosigkeit als permanenter Zustand?

VON NERGIS CANEFE

Das internationale Recht hat sich im Umgang mit dem Problem der Staatenlosigkeit als unwirksam erwiesen. Eine Abkehr vom rechtsdogmatischen Verständnis der Staatenlosigkeit ist für die angemessene Begegnung des Problems erforderlich.

Staatenlosigkeit ist eine quasi-juristische Kategorie, deren aktuellen Formen sich des traditionellen Binarismus Bürger-Staatenloser entziehen. Ursprünglich von Hannah Arendt in ihrer Kritik der souveränen Staatsmacht formuliert, hat sich dieser spezifische Zustand der „Rechtlosigkeit“ in der internationalen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich normalisiert. Rechtlosigkeit ist im gegenwärtigen zwischenstaatlichen System tief verankert. Millionen von Staatenlosen werden weiterhin von der öffentlichen Sphäre ausgegrenzt, indem ihnen die Möglichkeit für effektives politisches Handeln verwehrt wird.

Staatenlosigkeit entsteht in der Regel durch ungerechte Gesetze, territoriale Verschiebungen zwischen Staaten, neue Grenzregime, Bürgerkriege, mangelhafte oder diskriminierende Verwaltungspraktiken, fehlende Geburtenregistrierung oder den völligen Entzug der Staatsbürgerschaftsrechte. Staatenlosigkeit schränkt nicht nur den Genuss von Rechten ein, die im Zusammenhang mit der Staatsbürgerschaft als selbstverständlich gelten, sondern verschärft auch strukturelle Gewalt und Armut, führt zu soziopolitischen Spannungen, spaltet Gemeinschaften, verursacht Traumata über mehrere Generationen hinweg und schürt langfristige regionale Konflikte.

Warum hat das Völkerrecht in der Frage der Staatenlosigkeit versagt?

Zu den wichtigsten Folgen systemischer Gewalt und staatlicher Kriminalität gehört die Vertreibung von Millionen von Menschen, die dadurch staatenlos werden. Nach den Grundsätzen des internationalen und innerstaatlichen Rechts sind diejenigen, die *de facto* oder *de jure* staatenlos geworden sind, durch eine umfassende Reihe von Menschenrechtsbestimmungen zu schützen. Die in internationalen Abkommen, Konventionen und nationalen Verfassungen vorgesehenen Rechte stehen jedoch häufig im Widerspruch zu den Rechten, die die Staaten tatsächlich durchsetzen wollen bzw. können. „Jeder Mensch hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit. Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.“ So lautet der Text von Artikel 15 der Allgemeinen Erklärung der Men-



© Nergis Canefe. Mit freundlicher Genehmigung der Künstlerin.

schenrechte von 1948. Sowohl das Recht auf eine Staatsangehörigkeit als auch der Besitz einer „effektiven Staatsangehörigkeit“ als Grundlage für die Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte gehen auf das 1930 in Den Haag verabschiedete *Übereinkommen über bestimmte Fragen im Zusammenhang mit dem Konflikt der Staatsangehörigkeitsgesetze* des Völkerbundes zurück. Sie wurden 1961 durch das *Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit* der UNO und 1997 durch das *Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit* weiter präzisiert. Die in diesen Übereinkommen enthaltenen Grundsätze wurden durch eine Reihe weiterer Verträge und die internationale Rechtsprechung in Bezug auf den Erwerb, den Verlust oder die Verweigerung der Staatsangehörigkeit bekräftigt. Und doch sieht das Völkerrecht vor, dass jeder Staat kraft nationalen Rechts zu bestimmen hat, wer seine Bürger sind. Daraus ergibt sich das grundlegende Rätsel der Staatenlosigkeit.

Im rechtsdogmatischen Sinne bietet zwar das Völkerrecht einen Handlungsrahmen für den Umgang mit Staatenlosen, aber die vorgesehenen Lösungen hängen von der Auslegung des Rechtsrahmens durch die Staaten ab, die staatenlose Bevölkerungen erzeugen oder aufnehmen. Die derzeitige Behandlung der Staatenlosigkeit offenbart somit eine große Schwäche des internationalen Flüchtlingsrechts und des humanitären Völkerrechts.

Artikel 1 Absatz 1 des *UN-Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen* von 1954 definiert einen Staatenlosen als „eine Person, die kein Staat auf Grund seines Rechtes als Staatsangehörigen ansieht“. Das Übereinkommen von 1954 sieht Mindestgarantien in Sachen Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung und Identität sowie Reisedokumente vor. Es verpflichtet die Staaten zwar nicht, Staatenlosen in ihrem Hoheitsgebiet die Staatsangehörigkeit zu verleihen, aber es fordert sie auf, die Einbürgerung zu erleichtern. Das UN-Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit von 1961 enthält weitere Garantien, die in die Staatsangehörigkeitsgesetze aufgenommen werden können, um Staatenlosigkeit zu verhindern, wie bezüglich des Erwerbs einer Staatsangehörigkeit bei Geburt oder des Verlusts der Staatsangehörigkeit durch Eheschließung oder infolge eines längeren Aufenthalts im Ausland. Darüber hinaus spielen die internationalen Menschenrechtsbestimmungen, zumindest im Prinzip, eine ergänzende Rolle bei der Bekämpfung der Staatenlosigkeit, da ihre Garantien für alle Personen gelten und nur sehr wenige Bestimmungen auf die Inhaber der nationalen Staatsangehörigkeit beschränkt sind. Dazu gehören die Pflicht zur Geburtenregistrierung, das Verbot der willkürlichen Entziehung der Staatsangehörigkeit, Garantien für die Gleichbehandlung von Frauen in Bezug auf das Staatsangehörigkeitsrecht und der Schutz vor will-

kürlicher Inhaftierung. Und dennoch entstehen immer wieder neue Formen der Staatenlosigkeit. Ein neuer Ansatz zur Bewältigung dieses komplexen Problems ist dringend nötig. Staatenlosigkeit ist kein Problem, das durch die Anwendung des Völkerrechts durch die Staaten, in denen das Problem auftritt, zu lösen ist. Sie ist integraler Bestandteil globaler Trends von erzwungener Migration, Vertreibung und massenhafter Enteignung.

Ein neuer Ansatz

Die Erfahrungen der Staatenlosigkeit, die zunehmend in Europa und Nordamerika, aber vor allem im globalen Süden zu beobachten sind, stellen im Kontext von Massenvertreibungen und Migrationsströmen grundlegende Vorstellungen über die Institution der Staatsbürgerschaft in Frage. Durch die Festlegung strikter Staatsbürgerschaftsgesetze gelten sollen, entwerfen oder diktieren internationale Rechtsinstitutionen Modelle, die auf der Grundlage vorbestimmter Ergebnisse funktionieren.

Eine entschiedene Abkehr von rechtsdogmatischen Definitionen und Lösungen für Staatenlosigkeit würde eine Vielzahl von Vorteilen mit sich bringen. Die Analyse von politischen Maßnahmen und gesetzlichen Kodifizierungen von Staatenlosigkeit im Globalen Süden, die regionalen Konzepten und Erfahrungen in der Behandlung von Massenvertreibungen Rechnung tragen, könn-

te ein Gegenmittel zur Unzulänglichkeit der derzeitigen Behandlung von Staatenlosigkeit im internationalen Recht bieten. In jedem regionalen Kontext nimmt die Konstruktion und Re-Konstruktion von Staatenlosigkeit (und damit ihre scheinbar permanente Natur) unterschiedliche Formen an und bezieht unterschiedliche institutionelle Akteure, Rechtsmechanismen, Praktiken und Politiken mit ein. Dies zwingt uns, Staatenlosigkeit jenseits der standardisierten Definition eines statischen Rechtszustands neu zu erfassen. Die sich daraus ergebende Konzeptualisierung von Staatenlosigkeit wird

ein wirksames Repertoire an politischen Maßnahmen und rechtlichen Regelungen für die Anpassung des globalen Phänomens der Staatenlosigkeit an das Vokabular der Rechte bieten. Kurz: Regionale Ansätze zur Lösung des Problems der Staatenlosigkeit sollten den Kern der Neubewertung der Staatenlosigkeit als dauerhaftem Problem der aktuellen internationalen Ordnung bilden. Dazu ist es wichtig, Schlüsselakteure, gesellschaftliche Gruppen und Institutionen, wie Rechtsgelehrte, Anwälte und Rechtsaktivisten in die Erarbeitung möglicher Lösungen einzubeziehen.

Als Fremde in der „Heimat“, weil die Staatsbürgerschaftspolitik ihnen keine „Heimat“ zugesteht, und als Unsichtbare im „Ausland“ problematisieren die Staatenlosen die Begriffe „Heimat“ und „Ausland“. Sie existieren als prekäres Leben und prekäre Arbeit. Die Figur der staatenlosen Person zeigt die Grenzen der Staatsbürgerschaft als politisch-rechtliches Regime auf. Akademische Arbeiten über Staatenlosigkeit sollten in erster Linie die gelebte Realität von Staatenlosigkeit aufzeigen und deutlich machen, wie wichtig sie für die Aufrechterhaltung von Volkswirtschaften und Gesellschaften geworden ist, obwohl sie rechtlich unsichtbar ist. ◀

Nergis Canefe ist Associate Professor an der York University, Kanada.

The “State” in Statelessness and the State of “Statelessness”

BY SHAMNA THACHAM POYIL AND NASREEN CHOWDHORY

Legally a “stateless person” is one who is not considered as a national by any state under the operation of its law. But the discourse on statelessness needs to look beyond the legal aspect of citizenship to the socio-anthropological realm of membership and belonging.

The state is central in the making and unmaking of a stateless person. How it can render one stateless can be conceptualized as an “absence of the state” in de facto statelessness, an “excess of the state” in de jure statelessness, or even an “abandonment by the state” causing denial of protection for its citizens, with the latter being the everyday experience of statelessness for many.

In principle, the state has been the cornerstone of neoliberal politics, and the supremacy of such a sovereign authority is primarily established by the Westphalian order. This primacy and authority of the state is legitimated by social contract theory, though with considerable criticism when it comes to inclusivity with regard to the parties to the contract. In the post-Westphalian order, the complexities caused by the two world wars brought considerable changes in a largely Eurocentric discourse to the standing of the state in the international legal sphere. This initially discounted the parallel evolution of the state with respect to colonialism—the separate yet simultaneous existence of the imperial or colonial state brought about considerable recalibrations and interlinkages between state, subject, membership, and rights. As argued by Ranabir Samaddar, the intersection of neoliberal transformation, colonial relations, and post-colonial politics has accentuated the ways in which statelessness has caused the huge trans-border movement of populations in South Asia and other regions.

Adopting an interdisciplinary framework, one can theoretically examine the phenomenon of statelessness from legal, political, and socio-anthropological vantage points. From the perspective of legality, statelessness entails the interweaving of nationality and citizenship laws that distinguishes a citizen from a non-citizen. Hannah Arendt’s legalistic lens suggests that the state does not consider the stateless worthy to be subjected to any law of the land. Scholars like Brad K. Blitz see the “right to have rights” as a restrictive paradigm that presumes statelessness to be tethered to the reformation of laws on nationality rather than perceiving it as a structural concern. Paula Banerjee says that statelessness and citizenship are seen as a part of the same grid where the “other” of a citizen is not a refugee or an individual with dual or multiple citizenships but a stateless person.



It is imperative to go beyond the dualistic assumptions of citizen/non-citizen to understand the constitution of everyday statelessness by the state itself in its myriad forms. The reductionism ignores the importance of the lived experience of statelessness of many who have the legal status of citizenship but struggle for equal status. This is explicit in the case of de facto statelessness or quasi statelessness. As seen in Caia Vlieks’s work, the different spatialities in which an individual experiences statelessness causes an “in-situ statelessness” within their own country, or an ex-situ situation when it accounts for the experience of those who migrated and became refugees.

When looking at statelessness, it becomes pertinent to distinguish between nationality and citizenship, as the lack of both was deemed to constitute statelessness for any individual at any given moment or in any space. For Mathew Gibney, nationality and citizenship can be differen-

tiated with respect to the rights and obligations associated with each of these constructs. That is to say, the rights and obligations associated with nationality situate the membership of the individual in relation to other states in the global order, whereas the rights and obligations associated with citizenship anchors the membership of the individual within a particular state and among fellow citizens. Irrespective of whether nationality depicts an inter-membership status or citizenship an intra-membership status, what is pressing in this context is to understand statelessness as a situation of “rightlessness.” The artificial conflation of the constructs of state and nation to form the nation-state also created a conflation of identity-based membership in the nation and the rights emanating from the legal status of citizenship in the state. The international legal order has paid mere lip service towards this hyphenation, as seen in the UN General Assembly’s defini-

tion of statelessness as the condition of “anyone who is not considered as a national by any state.”

As much as citizenship is the reciprocal relationship between state and the individual, statelessness often shows the disruption and variation in this relationship brought about primarily by the state itself. Despite the progressive evolution of human rights, an individual can be “inadvertently or deliberately” rendered stateless by the state without his/her active or passive involvement and knowledge. When the state tries to align or realign itself with the lineaments of the nation with which it is conflated, the formal or legal membership of the state becomes inextricably entwined with the nation’s concept of membership.

Nasreen Chowdhory attributes such a notion of membership to a territorially determined understanding of statist belonging. Such normative concerns arising from the state’s “withdrawal” of citizenship should

be considered as “denationalization” done to safeguard the vested and “vital interests of the state.” In doing so, nationality and citizenship become primary instruments in the hands of the state to deny rights and render people stateless, based on a logic of politics of belonging that intends to withhold claims to belong. Nergis Canefe asserts that the current statelessness paradigm in international law and in forced migration studies is ahistorical: it overlooks a long tradition of the cleansing impulse in order to create national citizenry more befitting a dominant political and economic project of governance and sovereignty.

Kelly Staples’s work focuses on the need to retheorize statelessness beyond state membership with the notion of belonging and political agency. The hierarchy of membership status of individuals in the nation-state can be depicted as an inverted pyramid based on the statist notion of belonging. The top of this inverted pyramid constitutes individuals who have nationality, legal citizenship, and the associated rights and privileges. The individuals at every level below these have gradually less claim to the state-conceived notion of belonging. The stateless are the bottom tip of the inverted pyramid, sustaining a bare life while defying the state-determined world order.

Statelessness emerges as an altered form of individual-state relationship in this pyramid, where those at the bottom try to attain higher levels through their claim to belonging and consequently to membership. In acknowledging the political and anthropological existence of individuals who are concurrently members of not just of the state but also of communities, societies, and nations, a persistent tension emerges between the state and the individual. This is a tension of belonging—between the territorial way the state envisions belonging and the multiple, overlapping notions of belonging experienced by the individual that remain unaddressed, resulting in the statelessness of masses. This sense of dispossession of the right to belong intends to make the larger community rightless, leading to accentuated statelessness. ◀

Shamna Thacham Poyil is a doctoral candidate in the Department of Political Science, University of Delhi, India.

Nasreen Chowdhory is associate professor in the Department of Political Science, University of Delhi, India.

The Tragic Journey of the Komagata Maru

BY SUBHAS RANJAN CHAKRABORTY

Floating Immigrants in Search of Land. *A ship with people no one wants. The Komagata Maru incident more than a century ago prefigures the experiences of refugees and stateless people of our time.*

In 1914, Gurdit Singh, a Sikh businessman, chartered the *Komagata Maru* at Hong Kong to help some Sikhs and other Indians to migrate to Canada. The ship, carrying 376 passengers, reached Vancouver in British Columbia on May 23. The Canadian immigration authorities allowed only 22 of them to disembark, however, as the others did not fulfill the requirements of continuous journey under Canadian law. The *Komagata Maru* remained anchored in Vancouver's harbor till July 23 without adequate provisions. Compelled to return literally at gunpoint, the ship stopped at Yokohama, Kobe, and Singapore, where the British authorities ordered it to sail to Calcutta. On September 26, it was searched for arms and seditious literature at Kulpi, in Bengal. The search did not yield anything and on September 29 the ship arrived at Budge Budge, near Calcutta.

The commissioner of police asked the passengers to disembark and to proceed to a special train waiting to take them to Punjab. Gurdit refused as they were carrying the sacred book of Sikhism, the Granth Sahib, which they intended to install at the Gurdwara in Howrah. The passengers eventually disembarked with Gurdit carrying the Granth Sahib on his head. As they reached the station, they sat on the road. On being asked to board the train, Gurdit argued that it would be sacrilegious to take the sacred book onto it. The situation became increasingly confrontational and the authorities appealed to Calcutta for more troops. After some time, the crowd stood up, crossed the level crossing, and started marching towards Calcutta. With the police following, the procession was stopped by troops from the Royal Fusiliers. They asked Gurdit and the others to go back.

On their return to Budge Budge, the passengers refused to go back to the *Komagata Maru* and squatted on the road. The Punjab police and the British forces guarded them. The Granth Sahib was placed on a portable platform. As the police commissioner walked towards the level crossing, a few shots were heard. An officer had plunged into the crowd and had allegedly been knocked down, at which point the firing had begun. The commissioner later alleged that he had seen a few Sikhs firing, but Hugh Johnston writes that this view was not shared by some of his own officers. He writes: "Some of the shots came from the four police sergeants ... discharging



Sikhs aboard *Komagata Maru*. Gurdit Singh wearing light colored suit, white beard on left, May 23 to July 23, 1914.



Sikhs aboard *Komagata Maru*, Vancouver Harbour, British Columbia, 1914.

their revolvers at such close quarters that one man... was hit six times." As the passengers surged forward, the Calcutta and Punjab forces retaliated. The Royal Fusiliers entered the scene late, but had secured permission to fire. Most of the passengers now found shelter in a nearby ditch, or in the fields, and some even jumped into the river.¹

The number of dead passengers was officially put at twenty, of whom eighteen died as a result of wounds suffered from service rifles, as recorded by the inquest report.² The total number of dead was put between twenty-six and forty, but it was probably higher. Only sixty-two passengers were sent to Punjab, while 211 were arrested and twenty-eight others, including Gurdit, escaped.

The unsuccessful immigrants to Canada were forced to spend several months on the sea and then found that they did not enjoy freedom of movement even in their land of origin. Did this not anticipate what

would be a familiar global scenario decades later? These people experienced a virtual fate of statelessness. They were not admitted to Canada and they were not allowed to move freely in India. They were the boat people, floating in the sea, for more than six months in search of land. When they found land, they also found bullets.

Migration, Racist Response, and Radicalization

Migration from Punjab dates back to 1867, as part of which many Sikhs went to Hong Kong to join the police force there. The migration was the consequence of the subsistence crisis caused by the broad economic impact of colonial rule. The migrants were driven by hopes of improving their economic conditions, but they experienced only harassment. The Indians who arrived in Canada were discriminated against as there was a new feeling of anxiety

within the British empire about such immigrants. There was a blatant display of racism as well. Records indicate a close relationship between these factors and the migration, the settlement, and the radicalization of Indians in North America.³ In response, U.S., Canadian, and British officials increased their surveillance of Indians.

The need to control the empire's subjects and their movements was stressed by the imperial government. There was a dimension of racism linked to such policy. In 1914 the British Nationality and the Status of Aliens Act stipulated that aliens had no right to be admitted into the United Kingdom. That same year, another, the Foreigners' Ordinance, and the Ingress into India Ordinance authorized the government of India to regulate the entry of foreigners into the country. The searching of ships became a routine affair. These acts are to be seen in the context of Gurdit's argument that he claimed the

right to free movement within the British empire for its citizens.

Benedict Anderson has suggested that the last two decades of the nineteenth century witnessed the onset of what he calls 'early globalization,' as seen in the nationalists' struggle in Cuba and the Philippines against the remnants of the Spanish empire. Likewise, Indian expatriates were seeking to coordinate their efforts in Europe, America, and East and Southeast Asia with revolutionaries in India. The suspected link of the immigrants aboard the *Komagata Maru* with the Indian nationalist movement prompted the Canadian government to deny them permission to land.

The refusal of Canada to admit the immigrants, their agonizing wait at the harbor, the forced return journey, and the massacre of Budge Budge transformed the journey of the *Komagata Maru* into a historic one. It became a symbol of racist and imperial prejudice and of the resistance to them. The tangled tales of the frustrated immigrants, the diasporic discontents, and the political activism of exiled Indians look ahead to the world a hundred years later when immigrants continue to have similar experiences of being obliged to chart no man's land. The epic journey of *Komagata Maru* may very well be seen as part of what Anderson calls "the infinitely complex inter-continental networks that characterize the age of Early Globalization."⁴ This article has simply tried to connect some of these different aspects to try and understand the conjuncture that the incident represented in its broader world-historical perspective. <

- 1) Hugh Johnston, *The Voyage of Komagata Maru: The Sikh Challenge to Canada's Colour Bar* (UBC Press, Vancouver, 2nd Edn., Reprint, 1995, pp. 96–103) www.komagatamarujourney.ca
- 2) Proceedings of the Komagata Maru Commission of Enquiry, Volume II, exhibit no. 13, p. 15 (Bengal Secretariat Press, Calcutta, 1914).
- 3) Ali Raza, 'Straddling the International and the Regional,' in Ali Raza, Franziska Roy, and Benjamin Zachariah (Eds.), *The Internationalist Moment: South Asia, Worlds and Worldviews* (New Delhi, Sage 2015, p. 90). The links had been very elegantly established by Seema Sohi in *Echoes of Mutiny: Race, Surveillance and Indian Anticolonialism in North America* (New Delhi, Oxford University Press, 2014).
- 4) Benedict Anderson, *Under Three Flags: Anarchism and The Anticolonial Imagination* (Verso, London, 2007 Edn., p. 233).

Subhas Ranjan Chakraborty is a retired faculty member at the Department of History, Presidency College, Kolkata, India.

A State in Disarray

BY PAWEŁ PIENIAŻEK

After seizing power, the Taliban are struggling to create functioning public institutions and to prevent even deeper financial crisis than what Afghanistan faced before. That increasingly makes Afghans think about leaving the country.



A man clears away the remains of a building in Alam Khail, a village in north Afghanistan, September 2021.

Photo: Paweł Pieniżek

The village seems busy. It is crossed by a road that connects Balkh and Jowzjan, two of Afghanistan's northern provinces. Numerous stores are open along the road as well as welding shops and vulcanizers. Around them people gather or they just walk about. If ruins were not rising behind the roadside stores, it would be hard to guess that just a few weeks before Alam Khail was the frontline and that for years it had no inhabitants. In recent years, the village was fought over by Taliban and government troops. The current activity feels like a manifestation of life after the fighting forcibly pushed everydayness out of there.

"There was such a war here that a bird could not fly or a dog could not walk through," says forty-two-year-old welder Rahmatullah. "It is impossible to find a house that does not bear traces of fighting."

Until recently, it seemed that the war was gaining steam. Since the United States and its allies began withdrawing from Afghanistan in May, the fighting had intensified. Rahmatullah, who looked for a shelter in a town twenty kilometers away (enough to enjoy relative peace), had resigned himself to never seeing home again. Therefore, the end of the fighting in August was completely unexpected.

"We are still rejoicing as if it were a holiday," says Rahmatullah. "I hope the mujahideen will be able to keep the peace." By "mujahideen" he means the Taliban who since mid-August again rule the country.

The villagers waste no time. By the side of the road, men are working up a sweat. They are clearing away debris, laying foundations, or digging new ones. Wheelbarrows move back and forth. Others tidy up buildings whose walls have been torn apart by shells. Numerous vendors are on the lookout for customers. Rahmatullah has already rebuilt a house that was slightly damaged during the conflict.

The residents of Alam Khail are grateful for peace but they also feel a taste of bitterness. They fear that this is not the end of their problems. Although the fighting has stopped, the economy has taken a dive due to the sudden change of regime and the isolation of the Taliban by the international community.

"Money seems to have completely evaporated," says Rahmatullah.

This is a common problem facing Afghans. While the country has long been in a deep economic crisis, unemployment and poverty have soared, and corruption and nepotism are rife, it now faces a new challenge: preventing complete collapse.

Billions lost and frozen

Money did not evaporate in Alam Khail alone. The treasuries of many banks have been almost completely emptied. In order not to lose liquidity, they introduced a weekly withdrawal limit after Afghans rushed for their money en masse in August when the Taliban launched their victorious offensive. Currently, one person can withdraw 400 dollars or

30,000 afghanis (330 dollars) from their account. There are queues in front of the banks that are still open.

For an average Afghan such a weekly limit is a high amount. It is enough to provide basic products for a family for weeks. However, things are different for entrepreneurs whose funds have been frozen, completely blocking their ability to operate and thus threatening to collapse the economy.

"In one month alone, the state has lost billions of afghanis," says a high-ranking official at the Central Bank of Afghanistan, who introduces himself as Sultanzai. "The authorities are now spending last year's revenues, but what will they do with next year's budget?"

He asks not to mention his real name for security reasons.

According to the World Bank, 40% of the Afghan budget was funded by foreign aid money. Now virtually all this support has been stopped. In addition, assets of the central bank worth about 9.5 billion dollars located abroad, much of it in the United States, have been frozen. As the case of Iran shows, such funds can be locked up for decades.

Business taxes are not being collected, regardless of the size of the company; no one at home or from abroad is investing funds because the situation is precarious. For the same reason, domestic demand is weakening, made even more fragile by the non-payment of salaries of many workers and by rising unemployment. Finally, the transport of goods across borders has been sig-

nificantly reduced, and thus customs revenues have shrunk. Most of the state's revenue now comes from income tax on public-sector workers, who still get paid regularly.

Without cadres

While economic issues will affect Afghans the most, as Sultanzai points out, the problem is broader. "The system collapsed and there has been no reset," he says.

As an example, he gives the central bank. Since the change of regime, the institution has been operating at half-speed. Its board and the supreme council are now made up of people Sultanzai describes as unqualified and inexperienced. Fortunately, he adds, they make at least some of their decisions in consultation with long-time employees.

"The bank's management and board are people who have no experience in banking, only in fighting," Sultanzai says. "They cannot read nor write; they only know the language of violence. What positive can we expect from them?"

Women, who made up about a fifth of the bank's staff, were told not to come to work again. Some of them were department heads. In addition, between 10% and 20% of the staff left the country or stopped showing up for work. According to Sultanzai, the rest stayed not because they did not want to leave Afghanistan, they just did not have the opportunity to do so.

"If they do not keep our salaries at the current level, I will be

the first person to leave. Many of us think that. And they will have to cut them because there will be no money," he says.

The lack of human resources seems to be the biggest problem Afghanistan now faces under the Taliban regime. The new authorities seem to be aware of this. They are inviting former employees of the state to return to work. Even in the prisons where the Taliban faced atrocities, former guards are also supposed to work. The militants now working on the borders are not very good at passport control, so they do it the way they think it should look. Suddenly the Taliban find themselves in a world they have not known before. Now they not only have to fight for the cause but keep the whole country in line. It is a difficult and thankless job. Especially when you drove most of the best educated people to leave the country.

Waiting for a chance

If the Taliban fail to rebuild the state, Afghanistan will face an even greater crisis. The lack of prospects is causing more and more Afghans to think about leaving. People have been emigrating in large numbers for a long time, but now in places like Kabul it is hard to find ones who are not preparing to leave.

Nadjmuddin Azimi, 26, sells at a women's clothing store located in one of the malls in the capital Kabul. Because of the standoff and uncertain political situation, the owner is selling clothes below the purchase price, but even such offers do not attract buyers. According to Azimi, until the change of regime, the store was bringing in good income. Every day up to fifty people bought things there. Now, a day can be considered successful if five people shop there. But there are days when no one comes.

Nadjmuddin understands where all this is going. If there is no turnover, the store will eventually collapse and he will lose his job. That is why he comes home worried. He shares with his wife his dilemmas about the future of the store, the poor income, and the bills that need to be paid. He sees no better future for himself and his family than to go abroad.

"Everywhere is better than Afghanistan. That is why I would not be picky, I will be happy to go even to any of the neighboring countries," says Azimi. ◀

Paweł Pieniżek is a journalist, regular contributor to the Polish weekly *Tygodnik Powszechny*, and Milena Jesenská Fellow at Institute for Human Sciences (IWM) in Vienna. In 2019, he was awarded the prestigious MediaTory prize in Polish journalism for covering the war in Syria.

Zwischen Apathie und Hoffnung

VON ULRIKE FLADER

Zum „sanften“ Autoritarismus in der Türkei. Die strategische und flexible Verflechtung von demokratischen und nicht-demokratischen Praktiken ist ein Charakterzug ‚sanfter‘ Formen autoritärer Regierung. Ein Verständnis von der Produktion von Affekten wie Apathie und Hoffnung in diesem Zusammenhang kann uns helfen, ihre Funktionsweise und gesellschaftlichen Effekte aus einer Alltagsperspektive besser zu greifen.

Zum ersten Mal seit Jahren verbreitet sich momentan eine gewisse Hoffnung in Teilen der Opposition: Hoffnung auf ein Ende der Ära Erdoğan; auf einen Machtwechsel bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2023; auf eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie. Schlagzeilen über Amtsmissbrauch und Begünstigungen im Zusammenhang mit regierungsnahen Vereinen in Mitten der anhaltenden wirtschaftlichen Krise geben der parlamentarischen Opposition einen solchen Aufwind, dass der Vorsitzende der republikanischen CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, vor Kurzem sogar die Beamten aufforderte, die „Komplizenschaft“ in diesen Machenschaften zu verweigern. Doch kann die Offenlegung dieser Skandale wirklich das Regime zu Fall bringen? Ist nicht schon längst bekannt, auf welche Weise die Regierung ihr nahestehende Unternehmen und Organisationen privilegiert und sich ihre Unterstützung sichert, und sogar mit mafiosen Strukturen verwickelt ist? Auch wenn die Dimension dieser Machenschaften so manchen noch empört, wird dies allein sicherlich nicht reichen, um das Regime ins Wanken zu bringen. Denn das Vereinigen von Widersprüchen ist charakteristisch für diese Form der Regierung.

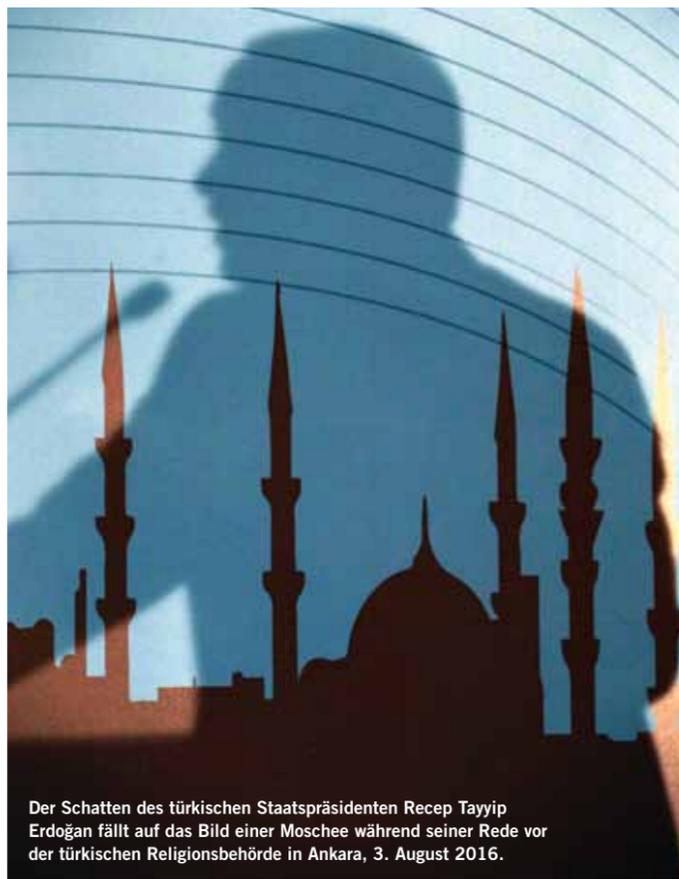
„Sanfter“ Autoritarismus

Crony capitalism ist nur ein Aspekt dieser Art von Regierung, die wir als Bremer Forschungsgruppe um Prof. Dr. Shalini Randeria als *soft authoritarian* bezeichnen. Diese Regime sind demokratisch gewählt und ziehen ihre Kraft sogar ganz besonders aus Wahlen, höhnen jedoch – in strategischer aber „sanfter“ Weise – die demokratischen Strukturen von innen aus. Dafür wird die Verfassung geändert, wie in der Türkei mit dem Referendum von 2017, das den Wechsel von parlamentarischer zur Präsidentschaftsdemokratie besiegelte; das Wahlrecht den eigenen Interessen angepasst – zumeist durch Gerrymandering, d.h. die Änderung der Wahlkreise gemäß den errechneten Wahlchancen, die direkte Wahlfälschung fast obsolet macht. Auch dies ist in verschiedener Weise in der Türkei geschehen. Außerdem gehört dazu die Übernahme oppositioneller Medien zum Teil durch direkte Schließung und Beschlagnahme ihrer Einrichtungen oder durch andere kreative Wege. Allem voran

steht jedoch die Umstrukturierung der legalen Architektur des Staates und des Justizwesens, um die Unabhängigkeit zu unterbinden und treue Personen in zentrale Positionen zu hieven. Dabei werden auch Straftatbestände ausgeweitet, um politische Gegner in Schach zu halten. Darüber hinaus nutzte die türkische Regierung das ihr durch den gescheiterten Putschversuch in die Hände gelegte Instrument des Ausnahmezustands und der damit einhergehenden Gesetzgebung. Obwohl kein Novum – bedenkt man den jahrzehntelangen Ausnahmezustand, der über den Putsch von 1980 hinaus noch bis 2002 in den mehrheitlich kurdischen Gebieten verhängt wurde – hatte dieser landesweite Ausnahmezustand sehr gravierende Folgen für verschiedene gesellschaftliche Kräfte. Auch die bereits angelaufenen Verhandlungen für eine friedliche Beendigung des Kurdenkonflikts wurden diesem Kalkül untergeordnet und stattdessen Krieg und Gewalt als Mittel gegen die politischen Gegner im In- und Ausland gewählt.

Listig und Flexibel

Angesichts dieser gewaltvollen Repression mag es verwundern, dass wir dennoch den Begriff des „sanften“ Autoritarismus verwenden. Als „sanft“ verstehen wir hier nicht die Abwesenheit von Repression, sondern die strategische Gleichzeitigkeit und Verflechtung von autoritären und demokratischen Praktiken. In pragmatischer Weise werden scheinbar widersprüchliche Praktiken zu einer „listigen“ Form des Regierens (Randeria) kombiniert. John Keane verweist dabei darauf, dass diese Regime keine Zwischenstadien von Demokratien auf ihrem Weg zu vollendeten Autokratien sind, sondern als spezifische Form der Regierung verstanden werden müssen. Sie zeichnen sich durch eine „Flexibilität“ aus, die im Fall der Türkei es dem Regime ermöglicht, *scheinbare* „Kurskorrekturen“ vorzunehmen, wie mit der für diesen Dezember angekündigten erneuten Änderung der Verfassung, die unter anderem die Rechenschaftspflicht der Minister:innen gegenüber dem Parlament wieder stärken soll. Revisionsverfahren gehen unerwartet „positiv“ aus und Entscheidungen des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte werden umgesetzt, wenn es politisch opportun ist. Diese Praktiken allein als Verschlei-



Der Schatten des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan fällt auf das Bild einer Moschee während seiner Rede vor der türkischen Religionsbehörde in Ankara, 3. August 2016.

Photo: Kayan Özer / AP / picturedesk.com

erung „eigentlicher“, autoritärer Interessen zu verstehen, verkennt die Logik der „sanft“ autoritären Regierungsform und unterschätzt ihre Anpassungsfähigkeit und potentielle Langlebigkeit.

Listig ist diese Form der Regierung, weil die Architektur der Demokratie, die Institutionen und Prozedere weiterhin aufrechterhalten werden, aber vom Inhalt völlig entleert werden. Dies ermöglicht der Regierung sich völlig selbstverständlich auf die Rechtsstaatlichkeit zu beziehen, wie Erdoğan selbst immer wieder tut. Keane nennt dies *mimicry of democracy*. Andrea Pető hingegen beschreibt dies als ein „Aussaugen“ der staatlichen Institutionen, welche nur noch als *opportunity structures* behandelt werden, um für das eigene Klientel Ressourcen abzuzweigen und Machtpositionen zu sichern. Dabei werden sie als leere Hüllen zurückgelassen, was ihr zufolge zu einem Verfall demokratischer Ideale, Normen und Prozesse führt, oder wie es Wendy Brown formuliert, die Werte liberaler Demokratie „austauschbar“ werden lässt und Wahrheit und Vernunft „ihre Verankerung“ verlieren. Beiden geht es darum, dass es sich um Praktiken handelt, die den vorhandenen Strukturen ihren eigentlichen demokratischen Kern oder Wesen entziehen. Die Hülle bleibt; der Kern ist fort.

Was bedeutet es aber, wenn die demokratische Architektur nicht nur als *Gerüst* eines Prozederes verstanden wird, sondern auch für ein *Versprechen* steht, das immer wieder angerufen werden kann und sogar von der Opposition angerufen werden muss, gerade dann, wenn alle anderen Wege öffentlicher Auseinandersetzung versperrt sind? Dieser Widerspruch zwischen dem Vorhandensein einer demokratischen Architektur und der gleichzeitigen *Entleerung* von ihrem Inhalt hat weitreichende Auswirkungen auf die Opposition und die lebendige Zivilgesellschaft, die in der Türkei existiert(e). Unter anderem scheint er – so meine vorläufige These –, eine Form der *Apathie* zu produzieren, die die Entfaltung gesellschaftlicher Opposition und Kritik in einer Weise behindert, die über direkte Repression hinausgeht. Bereits Juan Linz betont, dass Autoritarismus, anders als Totalitarismus, nicht auf einer enthusiastischen Teilnahme der Bevölkerung aufbaut, sondern Apathie produziert. Apathie verstehe ich nicht im Sinne von Politikverdrossenheit und Desinteresse, sondern als einen durch Regierungspraktiken aktiv produzierten affektiven Zustand, der Handlungsunfähigkeit suggeriert. So sprechen meine Interviewpartner:innen von Gefühlen der „Lethargie“ (*bezginlik*)

und Erschöpfung (*bitkinlik*). Andere berichten von einer Ermüdung durch die ständige Beschäftigung mit scheinbar sinnlosen Maßnahmen und Äußerungen der Regierung. Produziert werden diese affektiven Zustände durch die spezifische Willkür und den toxischen Schwebezustand der orchestrierten Gleichzeitigkeit von Demokratischem und Nicht-Demokratischem. Sie erschweren nicht nur die Fähigkeit, Unrecht auszudrücken, sondern auch es überhaupt erst wahrzunehmen und darauf zu reagieren, und führen so zu einer *Normalisierung* des Unrechts. In diesem Sinne muss die Produktion von Apathie als affektives Management der Opposition verstanden werden.

Hoffnung als Kehrseite der Apathie?

In diesem Zustand der Quasi-Ohnmacht zeigt sich die Hoffnung nicht nur im Hinblick auf einen möglichen Machtwechsel bei den Wahlen, sondern auch in Spekulationen über den geistigen und physischen Gesundheitszustand des Präsidenten. Das Interpretieren seines Einnickens während Interviews, sein schleppendes Laufen oder das Ablesen vom Teleprompter sind zum Sinnbild der Hoffnung geworden. Diese hoffnungsvolle Stimmung kann sicherlich der Apathie etwas entgegensetzen. Dennoch hat die Flexibilität des „sanften“ autoritären Regierungsstils in den vergangenen Jahren schon diverse Krisenmomente zugunsten Erdogans ausgehen lassen. Dass für diesen Dezember auch eine Änderung des Wahlrechts und ein Gesetz zu „Des- und Missinformation in den sozialen Medien“ angekündigt worden ist, lässt wenig Gutes hoffen. Unter diesen Bedingungen erscheint dieses Hoffen daher nur noch als ein unbestimmtes *Warten* und damit als Kehrseite der Apathie. Die Frage ist jedoch nicht, ob die Hoffnung realistisch oder utopisch ist. Vielmehr bietet ein Verständnis von Affekten wie Hoffnung und Apathie Erkenntnisse über die Funktions- und Wirkungsweise dieser „sanften“ Formen autoritärer Regierung, die über ihren institutionellen Rahmen hinausgehen. <

Ulrike Flader ist Lektorin am Institut für Ethnologie und Kulturwissenschaft und Postdoc in der Forschungsgruppe *Soft Authoritarianisms* der Universität Bremen. Vom November 2021 bis Januar 2022 ist sie Fellow am IWM.

The Strange Case of Varosha in Cyprus

BY EZGICAN ÖZDEMİR

Forever “ghost town” or the “stolen” riviera of the Eastern Mediterranean? *Varosha, on the eastern coast of Cyprus, has been shut off since the 1970s due to the Turkish armed forces occupying the town as well as almost 30% of the island. It has been described in many ways: ghost town, no-man’s land, military restricted zone, etc. Today, Varosha is being “restored to its former state.” But for whom and at what cost?*



Varosha: abandoned southern quarter of the Cypriot city of Famagusta.

Photo: Authentic Travel / Shutterstock.com

Over the past decades, the coastline of Turkish-occupied northern Cyprus has undergone exponential development in tourism due to mostly Turkish investment. However, the concreting over of the land along the beaches of almost all of the northern shores of the island—enclosing the commons with resorts, casinos, and so on—does not conceal the stark reality that such rapid development is materially unviable, with insufficient transportation, communication, and other infrastructural necessities. But there has been another type of enclosure happening on the island since its division. The military enclosures of the Buffer Zone patrolled by the UN peacekeeping forces, Akrotiri and Dhekelia held by the British as sovereign military bases, and Varosha occupied by the Turkish army render the notion of sovereignty even more contested in Cyprus.

Perhaps Varosha (Maraş) is a case where both military and capitalist enclosures goes hand in-hand. While northern Cyprus came to have fancy hotels and luxury resorts, Varosha remained an occupied ghost town where Turkish military barracks have stood since 1974. Once

the riviera—some even said the Las Vegas—of the Eastern Mediterranean, where European elites spent their holidays prior to the partition of the island, Varosha was left enclosed, undeveloped, derelict, and heavily militarized.

The summer of 1974 was a defining moment for Cyprus with the Turkish military invading parts of the island and transforming the fate of all Cypriot communities. The ethnic strife between Greek Cypriots and Turkish Cypriots ended as Turkey intervened and then came the never-ending negotiations that have morphed into a “no solution” solution; that is, maintaining the status quo seems to be the most preferable option for both sides. Varosha stood in the middle of this political impasse. The town rotted between Famagusta—the third-largest city in northern Cyprus—and Deryneia to the south. In this no-man’s land and military zone, over the years, the windows and plaster fell off of old hotels, dust collected in luxury car dealerships, and people’s belongings remained untouched (after heavy looting by the military).

The derelict town still had life, however. Small bushes along the

beaches and once manicured lawns of hotels became festooned with wild shrubs. The arid landscape was colonized by Turkey’s military personnel but also by rows of cacti and other flora, especially babutsa, a cactus species that sprouts a sweet nectar and fruit. An entire ecosystem out of violence, trauma, and dilapidation sprouted; species competed with each other. Babutsa trees were later hit by a virus that to this day spreads to the gardens of Famagusta households as well. The networks of military checkpoints, the almost-collapsing buildings, and the flora and fauna emerging from a seemingly lifeless space created a real-estate crisis for the former owners of property in Varosha and also a curiosity for tourists. “Dark” touristic endeavors like trying to swim up to the ghost town or taking photographs of its buildings were met with police fines and military whistles to scare off whoever got too curious.

The veil was lifted off the deteriorating and life-giving conditions of Varosha when a stretch of beach of a few hundred meters was opened to the “public” in 2017. Until then not much more than a strip of restricted military zone on maps that lay

on peace negotiation tables in Switzerland, Varosha could now be seen up close. However, the Turkish military only allowed through the checkpoint of the town people with citizenship of Turkey or of the de facto Turkish Republic of Northern Cyprus (TRNC). The facilities run by the Famagusta municipality, such as renting out chaises longues and parasols, were exclusively for Turkish and Turkish Cypriot beachgoers.

Following the controversial opening of the beach, Famagusta-based civil society groups, leftist political advocacy organizations from the TRNC de facto capital Nicosia, and others declared a boycott. They issued statements to the effect that the military occupation and Varosha’s hostage status was “a shame for humanity.” Some likened it to a “white beach” in apartheid South Africa, others protested against whoever set foot there.

ended it to a “white beach” in apartheid South Africa, others protested against whoever set foot there.

The “opening” of Varosha reached a new level in 2019 when Ersin Tatar, then prime minister of the TRNC, stated that it would be made more accessible in stages over the next years. Declaring that an investment of 10 billion euros was needed for the ghost town to be repopulated, revived, and “returned to its former state,” the TRNC authorities decided to carry out an inventory of moveable and immovable property in Varosha along with a scientific study of the state it is in.

The “opening” progressed in 2020 when Tatar announced further plans for Varosha’s development and Turkey’s President Recep Tayyip Erdoğan then declared the town to be TRNC territory. In July 2021, Erdoğan announced that 3.5% of Varosha would be open to the public as a pilot project and declared that life there would be restored “for the good of everyone on the island.” Entering from the military checkpoint in Famagusta, sightseers can now take photos and stroll through the streets, with caution signs all around them as the buildings could collapse

at any moment. Famagustans who do not have any qualms or political opposition to this recent development use daily the once abandoned streets for morning walks and biking exercises.

Once again, Varosha finds itself part of a puzzle that is yet to be solved. Its status as a military zone prevented Greek Cypriot and other international property owners from contesting the occupation and claiming compensation. The town’s “opening” for investment and development is now tied up with the decades-long dilemma between a federal state or a two-state solution for Cyprus. Erdoğan and his ally Tatar, recently elected TRNC president, are pushing even further for a two-state solution and international recognition of the TRNC as a legitimate state. Varosha would then be revived as a tourist hub. The promises of compensation and resolution of the property claims over the town seem to be just another one in the list of promises and commitments that Turkey did not uphold or reinterpreted to its own benefit.

The decision of the TRNC to “open” Varosha is not just illegal, it is also against the UN Security Council decisions regarding the town. Erdoğan’s speeches on resolving the property issue in exchange for recognition by Greek Cypriots of the TRNC as a state makes even clearer the carrot-and-stick approach used by Turkey.

Turkey’s hegemony over northern Cyprus has long been one of domination and intimidation; now under Erdoğan, it is one of neo-imperialism and neoliberal authoritarianism. As the military occupation continues and the commons like coastline get robbed, new relations and networks emerge—human and non-human. Erdoğan’s oligarchs are now dividing up Varosha to develop new hotels, resorts, and casinos. Once a far-fetched prediction or an unfounded rumor, Turkish capital investment for Varosha is finally becoming real. Whether the communities of northern and southern Cyprus—or the international community—will tolerate yet another looting of the town at the hands of the Turkish state remains to be seen. <

Ezgican Özdemir is PhD candidate at the Department of Sociology and Social Anthropology, Central European University, Vienna, Austria. From January to May 2021, she was CEU Junior Visiting Fellow at the IWM.

Turkey: All Alone in Global Space?

BY SEBASTIAN HAUG

Turkey has had few strong and enduring international alliances. Its ambiguous standing between rich “Northern” and poor “Southern” countries is part of a constellation that has prompted feelings of loneliness and misfit among Turkish officials. While shaped by Turkish particularities, however, these experiences also reflect a recent trend in which an increasing number of countries face uncertain and shifting global positions.



Built by a Turkish company: The new terminal of Aden Adde International Airport in Mogadishu, Somalia. January 25, 2015.

Photo: AMISOM Photo / Ilyas Ahmed / commons.wikimedia.org

Turkey is alone. This is what government officials in Ankara state off the record when asked whether the country has any natural allies in global politics. Formally, Turkey is embedded in a plethora of international groupings, from the United Nations and the Organization for Islamic Cooperation to the North Atlantic Treaty Organization, the Organization for Economic Cooperation and Development (OECD), and smaller bodies such as the Turkic Council. At a closer look, however, Turkey’s international position has never been stable or squarely in line with dominant templates. As a successor state of the Ottoman Empire, the Republic of Turkey has gone through fundamental transformations over the last century. Together with political upheaval, financial crises, economic growth, and waves of authoritarianism at home, it has faced a complex position in international circles. Outside the European Union and in a difficult relationship with Russia, Turkey is embroiled in tensions with most of its neighbors, from Greece to Armenia, Iran, and Syria. Relations with Arab partners such as Saudi Arabia and the United Arab Emirates have fluctuated significantly. Frictions with India and China have centered on the fate of Muslim populations within both countries’ territories. For Turkish diplo-

mat, strong and enduring alliances have been a scarce good.

An often overlooked field where Turkish experiences of loneliness or misfit have been particularly visible is international development. A dominant view holds that international cooperation on development-related issues—from poverty reduction to the fight against climate change—mostly unfolds along binary lines: rich(er) “developed” countries in the “North” support poor(er) “developing” countries in the “South.” While this simplistic narrative overlooks obvious complexity, the North-South binary has been a defining feature for the institutions and practices of international cooperation. Turkey has always been at odds with this binary. Unlike most “developing countries,” it was never formally colonized. To the contrary, the Ottoman Empire was part of nineteenth-century alliances among colonial powers, even though the dominance of European imperialism contributed to its demise. In the twentieth century, the Republic of Turkey was long qualified as a developing country by international organizations. It never joined the club of Northern donors within the OECD and still receives development assistance from abroad. At the same time, however, Turkey has also had a lukewarm relationship with projects of Southern solidarity and remained outside of the

official developing-country grouping at the United Nations.

Since the turn of the millennium, successive Turkish governments under Recep Tayyip Erdoğan and his *Adalet ve Kalkınma Partisi* (Justice and Development Party) have tried to bolster Turkey’s standing as a donor country in line with OECD standards, while trying to highlight the extent to which Turkish altruism contrasts with Northern self-serving practices. They have strengthened Turkey’s development agency and expanded links across world regions, arguably to present Turkey as a benevolent force, to strengthen political ties, and to secure markets for Turkish companies. Turkish cooperation initiatives have mostly targeted Muslim-majority societies in the Middle East, Central Asia, Eastern Europe, and Africa but also countries in the Pacific and Latin America. More recently, the government has begun to frame these expanding relations as “South-South” cooperation, suggesting that Turkey is not a typical Northern donor but indeed part of the South. Turkey’s partner countries are often full of praise for their “big brother,” as representatives from war-torn Somalia have put it. Others have been more critical, highlighting links between the Turkish government’s efforts to stage superiority abroad and increase the authoritarian grip at home.

Irrespective of how one judges decisions taken by Erdoğan and his administration, Turkish particularities shed a different light on established forms of international interaction. Turkey is neither a Southern developing country nor a Northern developed country. It still receives development assistance but also acts as an increasingly vocal cooperation provider. This position unsettles the traditional binaries that have shaped international cooperation institutions and arguably epitomizes the in-between: Turkish roles and positions draw on elements of both Northern and Southern engagement patterns and, increasingly, challenge the very binary underlying these framings. In times of major international power shifts—from the economic and political rise of China to the relative decline of Western European countries and the United States—Turkish experiences contribute to recalibrating the global geographies of influence and wealth.

Turkey’s rather atypical position in the politics of international cooperation, for all its specificity, also reflects a more general trend. Experiences of misfit with traditional North-South templates are shared by a growing number of countries, from Mexico, Brazil or Colombia to India and Indonesia. They also resonate with smaller states such as Costa Rica or Rwanda that, irrespective

of their domestic challenges, provide assistance to other countries. In different ways, they all defy the binary of rich Northern donors and poor Southern recipients. Turkish realities, then, are not an isolated phenomenon in global space. While Turkey faces a particular set of challenges as a country straddling Europe and the Middle East, similar experiences of misfit and unease with traditional frameworks are increasingly widespread. Once—or still—dominant global players, including the United States and Western European countries, are also not immune to the potential fragility of international life. Their uncoordinated and self-absorbed initial reactions to the coronavirus pandemic are only one example of challenges to their seemingly stable positions in the politics of international cooperation. They highlight the extent to which taken-for-granted assumptions about interstate relations—including the distinction between the capable North and the destitute South—need to be revisited. Across the board, questions about ambiguity and disorientation in a complex and evolving world are unlikely to fade away soon. In this, Turkey is far from alone. ◀

Sebastian Haug is a post-doctoral researcher at the German Development Institute (DIE) and Ernst Mach Fellow at the Institute for Human Sciences (IWM).

Auf der Suche nach Europa: West und Ost im (post-) imperialen Roman der Türkei

VON JOHANNA CHOVANEC

Der Konflikt, ob die Türkei eher dem Westen oder dem Osten zuzuordnen sei, beschäftigte osmanische wie türkische Intellektuelle gleichermaßen. Als nach dem Untergang des Osmanischen Reiches das gesellschaftliche Leben in der Republik Türkei nach europäischem Vorbild reformiert wurde, brach der Schriftsteller Peyami Safa zu einer Reise auf. Sein Ziel: Europa zu suchen und zu finden.

„Gibt es irgendeinen anderen Ort auf dieser Welt mit einer derart ungewissen Adresse wie Europa?“, fragte sich Peyami Safa in seinem Reisebericht „Die große Umfrage Europas“ (*Büyük Avrupa Anketi*) im Jahr 1936. Die Ungewissheit darüber, wo Europa zu verorten sei, veranlasste den bekannten türkischen Schriftsteller und Journalisten (1899–1961) zu einer ausgedehnten Reise durch den europäischen Kontinent. Seine Reiseaufzeichnungen zu Griechenland, Italien, der Schweiz, Frankreich, Deutschland und Österreich erschienen drei Monate lang regelmäßig in der *Cumhuriyet*. Safas Erkundigungen sollten ihm und den Lesenden der bis heute wichtigen türkischen Tageszeitung Aufschluss darüber geben, wo Europa beginne und auch, ob die Türkei denn eigentlich dazugehöre.

Die Frage nach der Zugehörigkeit zu dem nicht geographisch, sondern kulturell-zivilisatorisch imaginierten Raum des „Westens“ oder des „Ostens“ beschäftigte bereits osmanische Intellektuelle im 19. Jahrhundert. Die *Tanzimat*-Reformen sollten das Osmanische Reich (ca. 1299–1922) nach dem Vorbild europäischer Staaten modernisieren und damit den Fortbestand des territorial nicht mehr expandierenden Reichs gewährleisten. Die politische Teilhabe des Imperiums am europäischen Mächtekonkurrenz und die Zunahme des diplomatischen Austausches führten auch im kulturellen Bereich zu verstärkten Wechselbeziehungen. Während in westeuropäischen Ländern die „Orient“-Mode, *Turquerie*, mit einer Begeisterung über „östliche“ Motive in Kunst, Literatur und Musik einherging, kam es auch im Osmanischen Reich zu einer Beschäftigung mit Europa. So fand beispielsweise ab der Mitte des 19. Jahrhunderts, durch die Übersetzung französischer Literatur in das Osmanisch-Türkische, der Roman als literarische Gattung Einzug in den Literaturbetrieb.

Die ab den 1870er Jahren von osmanischen Schriftsteller:innen wie Ahmet Midhat verfassten Romane beschäftigten sich fortan mit dem West-Ost-Thema, insbesondere mit der Frage nach dem Ausmaß der Europäisierung. In welchen Bereichen konnte das im globalen Maßstab do-

Blick auf die Asien und Europa verbindende Bosphorus-Brücke in Istanbul, 6. April 2015.



minant werdende europäische Fortschrittsmodell Anwendung finden? Sollten lediglich Technik und Wissenschaft dem Fortschrittsgedanken unterworfen, oder auch das gesamte gesellschaftliche und kulturelle Leben nach europäischem Vorbild umgebaut werden? Die literarische Figur des *züppe*, eines übertrieben europäisierten osmanischen Dandys, der lieber gebrochenes Französisch als muttersprachliches Türkisch spricht, warnte die Leser:innen vor der unkritischen und maßlosen Übernahme westlicher Verhaltensweisen, Werte und Normen. Im Zentrum der Literatur stand demnach die Frage nach Originalität in Zeiten rasanten gesellschaftlichen Wandels und der Anpassung an westliche Ideale. Vor dem Hintergrund der kolonialen Expansion der europäischen Großmächte im Nahen Osten und den zentrifugalen Nationalbewegungen innerhalb des Reiches verbreitete sich zunehmend eine literarisch ästhetisierte Angst vor einem Verlust des „authentischen“ östlichen Kulturerbes.

Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem das multinationale Osmanische Imperium an Seiten der Habsburger Monarchie und des Deutschen Reiches unterging, erreichten die westlichen Reformen mit dem Staatsgründer der Republik Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, ihren Höhepunkt. Im Rahmen des türkischen Nationsbildungsprozesses orientierten sich die politischen Eliten des Nationalstaates klar am europäischen Modell; das Osmanische Reich wurde als rückständig abgelehnt. Die ke-

malistischen Reformen betrafen alle Bereiche des Lebens und umfassten u.a. Kleidungs-, Schrift- und Sprachreformen. Insbesondere der Wechsel von arabischen Schriftzeichen zum lateinischen Alphabet führte zu einem radikalen Bruch mit dem schriftlichen Erbe des untergegangenen Imperiums. Die bereits zuvor literarisch artikulierte Sorge um einen Verlust des kulturellen Selbst schien sich bewahrheitet zu haben.

Literarische Texte kulturwissenschaftlich zu untersuchen bedeutet, sie im Kontext der Zeit ihres Entstehens zu beleuchten und damit biographische, gesellschaftliche, historische und politische Gegebenheiten in die Analyse miteinzubeziehen. Viele der nach Gründung der Türkei im Jahre 1923 veröffentlichten literarischen Texte stehen in engem Bezug zu den genannten Umwälzungen der Zwischenkriegszeit. Als so genannte „post-imperiale Narrative“ reflektieren sie den Übergang von der imperialen osmanischen hin zur nationalen türkischen Ordnung. Die post-imperialen Erzählungen lenken unseren Blick darauf, dass der Untergang des Imperiums nicht nur politisch-rechtliche Aspekte umfasste, sondern auch im Bereich des Symbolisch-Ästhetischen nachwirkt.

Schriftsteller:innen wie Peyami Safa, Halide Edib Adıvar (1884–1964) oder Ahmet Hamdi Tanpınar (1901–1962) waren noch im osmanischen Reich geboren worden und verarbeiteten in ihren literarischen sowie essayistischen Werken die politische und kulturelle Neuausrichtung ihrer Zeit. Charakteristisch für

ihre „post-imperialen Romane“ ist das Ausloten der neuen nationalen Identität und wie sich diese zur osmanischen Vergangenheit einerseits und zu Europa andererseits positionieren sollte. In Halide Edibs zeitgleich auf Englisch und Türkisch erschienenen Roman *Die Tochter des Schattenspieler* (*The Clown and His Daughter* bzw. *Sinekli Bakkal*, 1935) ist es die junge Protagonistin Rabia, die mit ihrem stimmlichen Talent die alte „östliche“ Musik und die Kunst des Koranrezitierens aus der Vergangenheit in die Gegenwart holt. Die lokalen, historisch verwurzelten Traditionen eines ärmlichen Istanbul Stadtviertels werden hier nostalgisch als Kontrapunkt zum materialistischen Treiben in den europäisierten Bezirken der Stadt evoziert. Ahmet Hamdi Tanpınar rückt mit dem melancholischen Protagonisten Mümtaz aus seinem Roman *Seelenfrieden* (*Huzur*, 1948) das literarische Erbe des untergegangenen Reiches in den Mittelpunkt. Während in den modernen Geschäftsauslagen vor allem übersetzte französische Romane zu finden sind, stößt er in den engen Gassen verwinkelter Basare auf vergessene osmanische Autoren und taucht in ihre vergangenen, verlorenen Welten ein. In Peyami Safas Roman *Fatih-Harbiye* (1931) pendelt die traditionell erzogene Neriman zwischen einem „östlichen“ und einem „westlichen“ Bezirk Istanbul hin und her – die innere Spannung, sich nicht für das eine oder das andere entscheiden zu können, droht ihr zum Verhängnis zu werden.

Die post-imperialen Erzählungen ästhetisieren den Zustand des Dazwischenseins; die Gegenwart wirkt zerrissen zwischen der östlichen, imperialen Vergangenheit und der westlichen, nationalen Zukunft. Europa erscheint entweder als unerreichbarer Sehnsuchtsort, oder als Metapher für ein zivilisatorisches Fortschrittsmodell, das mit dem „Eigenen“ nicht oder nur zum Teil kompatibel ist. Die Angst, das Alte unwiederbringlich verloren zu haben und das Neue niemals erreichen zu können, ist dabei omnipräsent.

Peyami Safa schlussfolgerte auf seiner Europareise, dass es *das* Europa wohl nicht gebe, „europäisch zu sein“ jedoch wohl eine Skala sein müsse, die Frankreich anführe. Ähnlich wie Griechenland sei die Türkei dort, wo Europa beginne, sie sei demnach „ein bisschen“ europäisch. Dem westlichen Fortschrittsmodell folgend, könne das Ausmaß der Europäisierung mit der Zeit gesteigert werden. Die Parameter dieser Einordnung sind offen – und bleiben es bis heute. Peyami Safas Frage, wo denn Europa zu verorten sei, und was es auszeichne ist heutzutage mindestens genauso aktuell wie damals. Was bedeutet Europa für alle jene, die vermeintlich nicht dazugehören – und was möchte Europa für sie sein? <

Johanna Chovanec ist Doktoratsstipendiatin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Studienstiftung des deutschen Volkes an der Abteilung für Vergleichende Literaturwissenschaft der Universität Wien sowie Junior Fellow am IWM.

Wettbewerb in der Klimakrise

VON JANKA OERTEL

Die chinesische Energiepolitik ist für die Begegnung der globalen Klimakrise von entscheidender Bedeutung. Janka Oertel diskutiert die Grüne Transformation in China und die damit einhergehenden Herausforderungen für Europa.



Windkraftanlage in Chuanshan, China, 11. April 2015.

Photo: S. J. Wu / commons.wikimedia.org

Einige Wochen nach der Weltklimakonferenz in Glasgow drängt die Zeit weiterhin: Die Folgen des Klimawandels werden immer deutlicher spürbar und die Möglichkeiten, das Ruder noch herumzureißen und die Erderwärmung zu begrenzen, schwinden. Die Hochrangigkeit der Gäste unterstrich die Dringlichkeit der Lage.

Einer hat allerdings gefehlt: Chinas Staatspräsident Xi Jinping beschränkte sich wohl auf virtuelle Präsenz. Dabei ist Pekings Rolle als weltweit größter CO₂-Emittent bei der Bekämpfung des Klimawandels unumstritten enorm. Die chinesische Energie- und Wachstumspolitik ist ein zentrales Problem und muss daher unverrückbarer Teil einer globalen Lösung sein. Der Anfang dafür scheint allerdings gemacht, denn seit ungefähr einem Jahr ist Bewegung in Chinas vormals zurückhaltende Position gekommen.

Im September 2020 erklärte Xi vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen bis 2060 CO₂-neutral zu wirtschaften und noch vor 2030 die Emissionen rückläufig werden zu lassen. Die Ankündigung kam auch für viele in China unerwartet. Gleichzeitig werden immer wieder Zweifel laut, wie ernst es denn der Kommunistischen Partei wirklich mit der Transformation der Wirtschaft sei.

Und das nicht ganz unbegründet: Für Xi ist die Lage daheim derzeit kritisch. Die Corona-Pandemie und deren Folgen sind bei weitem noch nicht überwunden, während gleichzeitig die globale Energiekrise insbesondere in China, wo weiterhin Kohle mehr als 60 Prozent des Energiemix ausmacht, für eine

dramatische Situation am Beginn der Heizperiode sorgt. Die schweren Engpässe in der Energieversorgung bringen Rationierung und Stromausfälle mit sich, mit deutlichen Auswirkungen auf die lokale Produktion – und damit auf die globale Lieferkette.

Die derzeitige Krise hat mehrere Ursachen: unter anderem ein stark gestiegener Kohlepreis, Angebotseingänge aufgrund von heimischen Ausfällen und politisch motivierten Sanktionen auf Importe aus Australien, eine Deckelung des Preises für Kohlestrom, die das Betreiben der Anlagen derzeit unwirtschaftlich macht, politische Steuerungsfehler, das Anziehen der Weltwirtschaft bei der Überwindung der Corona-Pandemie, aufgrund dessen die Nachfrage nach Produkten und Zulieferungen aus China stark gestiegen ist.

Sie ist aber eben auch eine Folge der veränderten Prioritäten der chinesischen Regierung mit Blick auf die Umstellung der Volkswirtschaft auf Effizienzsteigerung und Emissionsreduktion. Erneuerbare Energien werden in China schon seit Jahren massiv ausgebaut. Seit Xi Jinping mit seinen Ankündigungen in New York die Dekarbonisierung zur Chefsache gemacht hat, hat der Druck massiv zugenommen, wesentliche Fortschritte zu erreichen.

Es ist Momentum vorhanden, das zeigt, wie ernst es Xi mit seinem Vorhaben ist, neben den „roten Reformen“, die derzeit die chinesische Wirtschaft umkrepeln, auch eine „grüne Wende“ zu vollziehen.

Doch die Widersprüche mit denen Xi derzeit zu kämpfen hat, sind sogar für China – das gezeigt hat, wie sich Unvereinbares doch recht prag-

matisch zusammenbringen lässt, um den Wohlstand und die Macht der Partei wachsen zu lassen – schwer zu vereinbaren. Die derzeitigen Engpässe in der Stromversorgung zeigen die Lücken in der Strategie auf. Scheitern ist in keinerlei Hinsicht eine Option. Das wäre Gift für die Legitimität der immer autoritärer agierenden Kommunistischen Partei. Deswegen werden nun kurzfristig die Kohleproduktion und der Kohleimport wieder verstärkt.

Ist Chinas ambitionierte Dekarbonisierungs-Agenda damit am Ende? Das wäre weit gefehlt. Gleichzeitig ist die Devise und diese ist für Europa auf mehreren Ebenen eine echte Herausforderung. Eigentlich müsste man froh sein, hat man in Europa doch jahrelang gefordert, dass Peking mehr tun und seine Ambitionen steigern müsse. Je früher dies geschieht, desto besser, denn je später China auf Netto-Null Emissionen kommt, desto größer sind die Auswirkungen auf das globale Klima. Deutlich wird aber auch, dass was immer die chinesische Regierung beschließt – im Guten wie im Schlechten – inzwischen globale Nachbeben erzeugt.

Dies wirft neue Fragen insbesondere im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit bei grünen Technologien auf. In Brüssel ist der „Green Deal“ zum zentralen Handlungstreiber geworden. Und auch in Deutschland beschwören die drei Parteien, die gerade die Koalitionsverhandlungen führen, eine Vision von der grünen Transformation, die Deutschland und Europa als Vorreiter sieht und wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen wird: Innovation und Pionierverteil, mutig voranschreiten und

dabei nicht nur das Klima, sondern gleichzeitig auch langfristig europäischen Wohlstand sichern.

Das klingt gut, lässt aber den veränderten China-Faktor derzeit noch zu sehr außer Acht. Xi Jinpings Ambitionen müssen ernst genommen werden, als dies bisher der Fall ist und als die aktuellen Maßnahmen mit Blick auf die Kohlenutzung erscheinen lassen. Die Energiekrise wird die chinesische Führung mittelfristig wahrscheinlich eher dazu bringen, noch stärker in Autonomie, Effizienz und erneuerbare Energie zu investieren, Forschung und Entwicklung zu fördern und selbst eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Marktzugangsbeschränkungen in China sorgen für Skalierungseffekte, der Zugang zu Kapital kann erleichtert werden und der Staat bleibt als Käufer und Investor in zentraler Position. Die Steuerungsmöglichkeiten, die sich daraus auf dem riesigen chinesischen Binnenmarkt ergeben sind enorm.

Im Bereich der Windenergie hat dies in den vergangenen Jahren schon zu einem harten Konkurrenzkampf geführt, der inzwischen so weit gegangen ist, dass das europäische Unternehmen Siemens Gamesa im August dieses Jahres verkündet hat, den chinesischen onshore Markt ganz zu verlassen. Gegen heimische Konkurrenz habe man keine Chance mehr.

Chinesische Anbieter die bei grünen Technologien – von Elektromobilität bis zu Speicherbatterien – den geschützten heimischen Markt dominieren, haben einen signifikanten Wettbewerbsvorteil, der so einfach nicht aufzulösen ist. Es macht die Unternehmen in China unschlagbar und gleichzeitig stark für den

globalen Markt und verdrängt damit die internationale Konkurrenz. Je mehr die Mechanismen des Wettbewerbs und freien Handels in Frage gestellt werden, desto schneller werden europäische Konzerne das Nachsehen haben. Was bedeutet all dies für den Erfolg des europäischen Green Deal und den internationalen Klimaschutz? Und was heißt das für Energiesicherheit im Zeitalter erneuerbarer Energien?

Die derzeitige Energiekrise kurz vor der Weltklimakonferenz zeigt all die großen Fragen erneut auf vor denen Europa steht. Zu glauben, diese wären gemeinsam mit China zu lösen, könnte ein Irrtum sein. Vielmehr sollte die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus dem Ausland, die schon jetzt für Probleme sorgt, deutlich machen, dass europäische Souveränität auch erfordert, sehr langfristig über die eigenen industriellen Fähigkeiten nachzudenken und diese nachhaltig auszubauen und zu fördern. Wie können europäische Konzerne wettbewerbsfähig bleiben vor dem Hintergrund immer stärkerer chinesischer Konkurrenz? Wie können einseitige Abhängigkeiten verhindert werden?

Bei der grünen Transformation geht es um effektiven Klimaschutz, aber auch um Konkurrenz um die Märkte und Technologien der Zukunft. Ein grüneres China, ist gut fürs Klima, bedeutet aber auch, dass sich Europa in Zukunft warm anziehen muss. <

Janka Oertel ist die Direktorin des Asien-Programms am European Council on Foreign Relations. Vom September 2021 bis Juni 2022 ist sie Europe's Futures Fellow am IWM.

Europe's Biggest Test as a Peace Project Yet

BY OLIVIA LAZARD

In the land of the blind, the one-eyed rules. And so it goes for the European Union in the race to net zero. In spite of relative progress, it remains shortsighted in its understanding of the climate crisis as the fundamental game changer for global security and for the European project itself.

Days before the start of the COP26 in Glasgow, Patricia Espinosa, the executive secretary of the United Nations Framework Convention for Climate Change, issued a very clear warning: lest countries limit global warming to a maximum of 1.5°Celsius, the world will be faced with global chaos and conflict. Her statement was issued against the backdrop of the latest report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, whose modelling projections have shown that a 1.5°C temperature increase compared to pre-industrial levels will already take the world into uncharted territory, with compound shocks and disasters.

Since the European Commission headed by Ursula von der Leyen came into office in 2019, the EU has managed to pass a climate law, making its transition binding and effective at the latest in 2050. The Fit for 55 package takes the union beyond the level of simple pledges into actual planning of the energy transition for the 2030 horizon. The EU is also working on improving its emission-trading system and proposing a carbon border adjustment mechanism to leverage its common market potential for incentivizing transitions abroad. In addition, the European Commission is bound to commit at least 30 percent of its multi-annual financial framework to climate measures. This list of achievements is incomplete, and yet it is exponentially more than most other countries or geopolitical blocs can demonstrate.

For all of its efforts, though, the EU is still not facing the climate crisis with an adequate set of analytical frameworks and tools, which is worrying not only for the future of the planet but also for its own future. The EU has designed its transition on two strategic legs. One is green, the other is digital. The Green Deal is meant to ensure that the EU can walk into the next industrial revolution while being clean and climate-friendly. But one critical lacuna is that it was designed mostly with national and regional priorities in mind, while leaving the foreign policy aspect to the implementation phase. The problem is that when the foreign implications of European transitions are taken into account, they potentially question the very foundations of the Green Deal.

Why? Both the green and the digital priorities require new types of dependencies on critical materials for which Europe is resource-poor. For decades, China has provided Europe



Photo: Romolo Tavanzi / iStock.com

and the rest of the world with some of these materials. It is endowed with about 80 percent of known resources, such as rare earths, for materials that are essential for the construction of wind turbines, electric vehicles, drones, microchips, and other technologies. China knows that this comparative advantage makes it a central actor of the green transition. Over the last few decades, it has worked on building a vertically integrated supply and value chain as the core component of its economic growth. This planning capacity has produced wonders for China, taking it to the position of economic and geo-strategic strength it finds itself in today. Europe has finally woken up to the strategic implications of its dependency on China. In September 2020, the European Commission's Joint Research Center issued a foresight study regarding the critical materials necessary to the EU's transitions. It highlighted the inherent risks of being so dependent on a systemic rival like China, which is known by now for blackmailing countries voicing concerns over its human rights abuses with disruption of critical supply chains. This has led the EU to assess how to lessen its dependency on China to run ahead towards its own transition objectives.

Europe holds some resources but they are not abundant enough to meet the full demand for green and digital priorities. In addition, environmental activists are keen on protecting European ecosystems from

heavily polluting mining ventures. So European actors have to look to other horizons to quench their demand. Where should they look? The deep seas are replete with little nodules that compound together a number of critical materials. But some marine biodiversity actors have called for a moratorium on all mining activities in the seas so as to avoid further biodiversity loss and ocean damage. In terrestrial ecosystems, Europe will have to turn to places such as the Congo Basin, the Amazon, and the wet forests of Indonesia, Myanmar, and Southern Africa. Questions about how to go about extracting for decarbonization remain open. What is clear though is that a decoupling of economic growth from greenhouse-gas emissions entails a recoupling with environmental extraction. In other words, the green transition will necessitate plundering the underground of the vital natural ecosystems that still help humanity to regulate the global climate regime.

In sum, because climate transition plans have mostly focused on carbon dioxide emissions, they are pitting the climate against the environment, biodiversity, and ecological integrity. Laying hands on these ecosystems will not just lead to the release of more carbon dioxide into the atmosphere, but also to the release of water as a greenhouse gas (which magnifies the effects of carbon dioxide) and to disruptions of atmospheric rivers that natural-

ly distribute water in and between different regions and continents. In other words, by charging ahead with a transition plan that couples green and digital, and which opens the door to geopolitical competition over new economic types of economic growth and access to raw materials, Europe may create more climate disruptions than it solves and generate water scarcity around the globe.

The fundamental logical lacuna of green and digital transitions points to three critical issues for the transition and for the European Union. One is that the cooperation framework around the climate crisis is flawed. The point of collective transitions should not just be to substitute energy systems to power industrial and economic growth that overshoot planetary boundaries. The objective should be to rebuild ecological integrity as the basis for global security and economic systems. Planetary boundaries and a full spectrum of ecological measures should guide transitions. Discussions about how to distribute rights to emit carbon dioxide and to pollute are fallacious and dangerous. It is not only making humanity lose time in the absolute necessity to decarbonize, but also on the path towards truly regenerative solutions.

Second, the transition must be collective and global. Fragile, conflict-affected, and climate-vulnerable countries stand at the center of the transition because they are some of the most resource-endowed for it.

Yet, they are dangerously weak in the face of an international competition that may disregard ecological integrity in the race towards technological revolutions and climate leadership. If these countries are supported technically and politically, they may well help to de-escalate geopolitical tensions in the transition and to regulate how economic competition can be assuaged to meet ecological priorities. The EU must partner effectively with these countries since its future depends partially on them.

Finally, the EU remains the most sophisticated peace project in human history. But if it fails to adopt an institutional and strategic planning capacity that is able to reconcile short-term and long-term objectives, as well as to understand the hidden costs and potential shocks of the biggest energy and economic transition in human history, it will succumb to its own incoherence. The EU's history is based on weaving economic interdependencies to generate peace and common interests. Europe's future will depend on its ability to reconcile and amplify economic and ecological interdependencies. While it may not be apparent for now since climate considerations are still secondary to decision making, this is actually how Europe could lay a claim to becoming a truly geopolitical and visionary force. <

Olivia Lazard is visiting scholar at Carnegie Europe and IWM Fellow for Europe's Futures.

Saved in Translation: Wissenschaft lebt auch durch Übersetzung

VON LUDGER HAGEDORN UND VESNA VELKOVRH BUKILICA

Übersetzung ist eine der wichtigsten, aber kaum angemessen gewürdigten intellektuellen Leistungen. Ludger Hagedorn stellt das Paul Celan-Programm für Übersetzerinnen und Übersetzer am IWM vor und spricht mit der slowenischen Übersetzerin Vesna Velkovich Bukilica über Wohl und Wehe einer wenig beachteten Tätigkeit.

Das Paul Celan-Programm des IWM

VON LUDGER HAGEDORN

Obwohl die Arbeit von Übersetzerinnen und Übersetzern für den literarischen und akademischen Diskurs unerlässlich ist, wird sie nicht nur schlecht bezahlt (in manchen Fällen vielleicht gar nicht), sondern auch in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen. Dabei ist die Arbeit des Übersetzens zeitaufwendig und mühsam und verlangt große Kreativität und ein ausgeprägtes Sprachgefühl.

Der größte Erfolg einer Übersetzung besteht darin, dass die geleistete Arbeit so gut ist, dass den Leserinnen und Lesern gar nicht bewusst wird, dass es sich um eine Übersetzung handelt. Folglich werden Übersetzerinnen und Übersetzer in Buchbesprechungen zwar meist pflichtschuldig irgendwo erwähnt (offensichtlich handelt es sich um eine gute Übersetzung), sollten sie aber mehr Aufmerksamkeit erfahren, dann fast immer im Tone der Kritik, weil der sprachliche Reichtum, die feinen Differenzierungen etc. des Originals verloren gegangen seien.

Das Paul Celan-Programm ist eines der ältesten Programme des IWM und weltweit wohl eines der ganz wenigen, die ausdrücklich der Übersetzung von Sachbüchern gewidmet sind. Fellows werden zu einem (in der Regel dreimonatigen) Aufenthalt ans Institut eingeladen, um in dieser Zeit an der Übersetzung eines wichtigen Buches aus den Geistes- und Sozialwissenschaften zu arbeiten. Das Programm bietet den Fellows die Gelegenheit, sich für eine gewisse Zeit ganz auf ein Übersetzungsprojekt zu konzentrieren, was im normalen Berufsalltag oft wegen anderer paralleler Verpflichtungen nicht möglich ist. Aber nicht nur das: Übersetzerinnen und Übersetzer arbeiten oft in der Isolation, der Aufenthalt am Institut bietet dagegen die Gelegenheit, Übersetzungsfragen mit der Gruppe der Fellows im Hause zu diskutieren, die Infrastruktur und die Bibliothek des IWM zu nutzen sowie an vielen öffentlichen und akademischen Veranstaltungen teilzunehmen. Für die



Fellows des Celan-Programms ist beides ein Privileg, das sie ansonsten kaum genießen, und entsprechend erfahren sie den Aufenthalt zumeist als große Bereicherung und Antrieb für ihre Arbeit.

Seit der Einführung des Programms werden Fellowships für Übersetzungen verliehen, die entweder *aus* oder *in* eine osteuropäische Sprache erfolgen müssen. Auf beiden Seiten, „Ost“ wie „West“, hat die jahrzehntelange Spaltung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg tiefe Spuren hinterlassen und die wechselseitige Rezeption von Literatur und Debatten in den Geistes- und Sozialwissenschaften erheblich behindert. Diese noch immer bestehenden Schiefen und Diskrepanzen zu überwinden, ist ein wesentliches Anliegen des Programms. Die Tatsache, dass die überwältigende Mehrheit der Übersetzungen, die bislang im Rahmen des Programms erfolgten, Übertragungen *in* eine osteuropäische Sprache waren, könnte eine Widerspiegelung des nach wie vor herrschenden Ungleichgewichts im wechselseitigen Inte-

resse von Ost und West sein. Man sollte jedoch auch berücksichtigen, dass hier ganz basale ökonomische Gründe eine Rolle spielen: für viele Verlage in osteuropäischen Ländern wäre es oft schlichtweg unmöglich, die Herausgabe eines Buches zu realisieren, wenn es keine externe Unterstützung für die Übersetzung gäbe, wie sie eben dieses Programm anbietet.

Ein solches Programm entfaltet seine Wirkung nur langfristig. Sein Erfolg verdankt sich dem Engagement und dem langen Atem seiner Förderer und Partner. Das waren über viele Jahre die Bosch Stiftung, Stuttgart, und die Erste Stiftung, Wien, die es möglich gemacht haben, dass ein so besonderes und wichtiges, aber in den Augen der meisten Sponsoren wenig publicity-trächtiges Programm im Stillen sich entfalten konnte. Seit 2020 wird es nun von der S. Fischer Stiftung, Berlin, unterstützt, die sich auch auf anderen Feldern für die Belange der Übersetzung starkmacht. Mit ihr hat das Programm einen idealen neuen Partner gefunden.

Insgesamt wurden bislang 149 Übersetzungsprojekte realisiert – eine stolze Zahl. Ein Rückblick auf alle diese Projekte sollte eigentlich niemanden besonders hervorheben, eben weil alle Übersetzungen auf ihre Weise wichtig und unersetzlich sind. Gleichwohl müssen mit Blick auf die Prominenz der Namen zwei Ausnahmen erlaubt sein. Einer der allerersten Fellows im Rahmen des Programms war nämlich Zoran Djindjic, späterer serbischer Premierminister, der während seines Aufenthalts Husserls *Krisis* übersetzte. Ein anderer prominenter Gast war Imre Kertész, Nobelpreisträger für Literatur im Jahre 2002, der am IWM an einer ungarischen Übersetzung von Ludwig Wittgensteins *Vermischten Bemerkungen* arbeitete.

Ein Paul-Celan-Projekt, auf das das IWM besonders stolz ist, ist die Übersetzung von Thomas Pikettys weltweitem Bestseller *Le Capital au XXIe siècle* ins Slowenische von Vesna Velkovich Bukilica. Vesna war für drei Monate im Sommer 2015 Fellow am IWM. Sie machte das Beste aus ihrem Fellowship und schloss die

Übersetzung in der Zeit ab. Schon kurz nach ihrem Aufenthalt konnte das Buch in Druck gehen, und einige Wochen später schrieb die glückliche und stolze Übersetzerin folgende Notiz an ihre neuen Bekannten am IWM: „Vielleicht interessiert Euch der Hinweis, dass die Piketty-Übersetzung im Oktober 2015 das berühmt-berüchtigte *50 Shades of Grey* (!) vom ersten Platz der slowenischen Bestsellerliste verdrängt hat ...“, gefolgt von einem Smiley.

Ich habe Vesna Velkovich Bukilica, um ein Interview gebeten. Ich danke ihr sehr, dass sie dieser Bitte entsprochen hat und damit dem ansonsten stillen Geschäft der Übersetzung eine Stimme und ein Gesicht gegeben hat. Gerne möchten wir beide dieses Gespräch als eine symbolische Geste verstehen, in der auch die anderen 148 Übersetzerinnen und Übersetzer des Paul Celan-Programms zu Wort kommen. <

Ludger Hagedorn ist Permanent Fellow am IWM.

„Ich habe einige der besten Romane des 20. Jahrhunderts geschrieben.“

LUDGER HAGEDORN IM GESPRÄCH MIT VESNA VELKOVHR BUKILICA

Ludger Hagedorn: Vesna, neben deinen vielen anderen Beschäftigungen bist du auch Übersetzerin. Warum hältst Du Übersetzen für wichtig?

Vesna Velkovich Bukilica: Die Geschichte liefert uns die Antwort. Die geistige und spirituelle, ja sogar die physische Landschaft Europas und der ganzen Welt wäre ohne Übersetzung eine andere, unvorstellbar anders sogar. Das ist keine Übertreibung. Nicht nur die Bibel, deren Bedeutung man nicht hervorzuheben braucht, wurde erst durch Übersetzung verbreitet, sondern beispielsweise auch die Werke des Aristoteles. Diese waren für die westliche Welt schon verloren, und es war hauptsächlich dank der arabischsprachigen Übersetzung und dann wiederum der europäischen Übersetzung aus dem Arabischen, dass Europa sie wiederentdeckte.

Um die Bedeutung der Übersetzung zu ermessen, muss man sich also nur umschaun. Was sehen wir? Ohne Übersetzungen wäre die Umgebung, die wir wahrnehmen, wahrscheinlich unlesbar, weil es nicht die *Begriffe* gäbe, aufgrund derer sie sich entwickeln konnte.

Hagedorn: Das ist ein gutes Argument, aber ein historisches. Wie siehst du denn die heutige Situation? Viele würden sagen, dass es – besonders in der Wissenschaft – vollkommen ausreichend ist, wenn wir alle auf Englisch miteinander kommunizieren.

Velkovich Bukilica: Jede Zeit hatte ihre *lingua franca*, und heute ist es eben das *basic English*. In gewisser Weise würde es ausreichen – wenn es tatsächlich nur um den Austausch von technischem Wissen ginge. Aber das Anwachsen eines solchen Wissens – und des rein faktischen Wissens überhaupt – ist nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit einem Fortschritt im Wohlergehen (das immer stark von immateriellen Werten abhängt), oder mit Fortschritt im Sinne der kulturellen Entfaltung und einer umfassenden und bereichernden Erfahrung der Welt.

Sprachen, einschließlich der Dialekte, sind die direkte Widerspiegelung einer grundlegenden Mentalität der Gemeinschaft, aus der sie entspringen. Sie sind auch wesentliche Identitätsmarker – in manchen Fällen, wie für die slowenische Nation, sind sie vielleicht sogar die *einzig* relevanten Identitätsmarker, ganz sicher aber der wesentliche Kohäsionsfaktor. Wenn sie unterdrückt werden – was auch durch schlechende und graduelle Ersetzung geschehen kann, ganz besonders wenn diese Ersetzung in Bereichen wie der Ökonomie geschieht, die mit Souveränität und Macht assoziiert werden –, dann wird diese Identität mit ihren einzigartigen historischen und kulturellen Bezügen langsam erodieren und irgendwann sich auflösen.

Wenn wir also über die Relevanz der Übersetzung reden, könnten wir uns ebenso gut die Frage stellen: wel-

che Relevanz hat es, nationale Identitäten zu wahren? Und das wäre in der Tat eine legitime und äußerst interessante Frage, die aber den Rahmen dieses Interviews weit übersteigen würde.

Wie ich übrigens schon andeutete, ist die heute international verwendete Verkehrssprache ein *basic English*, eine traurig verarmte Version des Englischen, und es liegt wirklich eine besondere Ironie darin, dass diese Art der Kommunikation, vermittelt insbesondere über das Internet, am Ende sogar das Englische selbst aushöhlen könnte, womit dann niemandem mehr gedient wäre.

ziellen entkommen. Das klingt paradox, ist es aber nicht: damit eine kleine Sprache blüht, muss sie importieren und schauen, was es „draußen“ sonst noch gibt. Auf der anderen Seite aber ist es für echte Souveränität – die immer mit der Frage der Identität verwoben ist – ganz wesentlich, die sprachlichen Werkzeuge zu entwickeln und weiter zu verfeinern, die für den jeweiligen Diskurs zu einem bestimmten Thema notwendig sind. Allein von daher sollte offenkundig sein, wie zentral und absolut unerlässlich die Bedeutung der Übersetzung – ganz besonders im Milieu einer „klei-



Vesna Velkovich Bukilica vor dem IWM im Oktober 2015.

Hagedorn: Wie steht es hier um die sogenannten „kleineren Sprachen“? Um ihre sprachliche Eigenständigkeit zu wahren, sind sie in besonderer Weise auf Übersetzungen angewiesen. Das bedeutet zugleich, dass in Relation zur Größe der Bevölkerung überdurchschnittlich viel übersetzt wird. Übersetzerinnen und Übersetzer sind also gefragt und werden mehr als anderswo als essentiell für die jeweilige Sprache und Kultur begriffen.

Velkovich Bukilica: Im gegenwärtigen Europa ist eine „kleine“ Sprache – also eine, die von einer numerisch kleinen Nation oder Gemeinschaft gesprochen wird – eher Segen als Fluch. Je „kleiner“ die Sprache, umso größer die Chance, dass ihre Sprecher dem Provin-

nen“ Sprache – für das intellektuelle und kulturelle Wachsen einer Gesellschaft ist.

Hagedorn: Übersetzung kommt einem oft wie die Quadratur des Kreises vor: Was auch immer man anstellt, niemals wird das Resultat eine eins-zu-eins Entsprechung des Originals sein. Aber zugleich öffnet Übersetzung auch kreative Räume.

Velkovich Bukilica: Selbstverständlich. Übersetzung ist ein schriftstellerischer Akt, eine Tätigkeit, die zwangsläufig den Einsatz von Intellekt, Intuition und persönlicher Erfahrung verlangt; sie ruft alles ab, was man weiß und was man ist. Oft werden Übersetzer gefragt, ob sie auch selbst „schreiben“, oder warum sie es nicht tun. Ich scherze dann gerne: „Was meinen Sie, ob ich schreibe? Ich

habe einige der besten Romane des 20. Jahrhunderts geschrieben. Nur, ich habe sie auf Slowenisch verfasst.“ Und diese Bemerkung funktioniert als Witz nur deshalb so gut, weil eine tiefe Wahrheit drinsteckt. Übersetzung ist das Neu-Schreiben eines Textes durch einen intensiv beteiligten Ko-Autor. Man muss die Bedeutung so genau treffen, wie es nur menschenmöglich ist – aber die ganze Bedeutung eines literarischen Werkes vermittelt sich eben nicht nur über das, was gesagt wird, sondern auch dadurch wie es gesagt wird. Man muss auch die „Textur“ der Autorenstimme, ihr Timbre, den Ton des Werkes erfahrbar machen. In gewisser Weise ähnelt das Übersetzen stark einer musikalischen Interpretation, nur mit der zusätzlichen Schwierigkeit, dass eine Partitur, die beispielsweise für Klavier geschrieben wurde, transponiert und auf dem Cello gespielt werden muss, wenngleich

dieses Cello immer noch irgendwie so klingen soll wie das Klavier. Meiner Meinung nach sollte eine Übersetzung de facto als ein eigenständiges literarisches Werk in der Zielsprache gesehen – und auch so präsentiert und beurteilt – werden, jedoch als ein Werk, das auch den Ton und die Wortschöpfungen eines anderen verrät, eben des ursprünglichen Autors.

Jedes Nachdenken über Übersetzung ist auch eine gute Gelegenheit, sich mit den unvermeidlichen Lücken in der ganz alltäglichen Semantik zu befassen, über die man sich wenig Gedanken macht, außer in der Theorie, und auch da nicht tiefgehend genug. Wörter sind in einem sehr realen, wörtlichen Sinne die Bausteine unserer Welterfahrung und damit ein Gefängnis, ebenso aber auch ein Raum der Freiheit.

Hagedorn: Während deines Aufenthalts am IWM im Rahmen des Paul Celan-Fellowships hast du an der Übersetzung von Thomas Pikettys *Le Capital au XXIe siècle* gearbeitet. Was waren die besonderen Herausforderungen dieser Übersetzung und wie zufrieden bist du eigentlich mit dem Resultat?

Velkovich Bukilica: Ich werde meinem Verlag auf immer dankbar sein, dass er mir die Chance zur Übersetzung dieses Buches geboten hat. Von den mehr als fünfzig Büchern, die ich übersetzt habe, ist es eines der wenigen, von denen ich sagen würde, dass sie wahrscheinlich „mein Leben verändert“ haben, insofern ein Buch das eben kann. Es hat mich klüger gemacht nicht nur dadurch, dass es mir Fakten vermittelt hat, sondern auch weil es ein Bewusstsein für die inneren Mechanismen der Ökonomie im Allgemeinen schafft. Genau das war auch die Absicht des Autors: er wendet sich eben nicht nur an Ökonomen, sondern will jeden befähigen, ein besseres Verständnis für das ökonomische Gefüge zu gewinnen, das täglich un-

ser Leben prägt, und irgendwann ermöglicht dies dann vielleicht auch, selbst eine größere Kontrolle darüber zu gewinnen.

Bei der Übersetzung selbst bestand für mich die größte Herausforderung darin, bestimmte Begriffe überhaupt erst zu prägen, weil die Ökonomen in Slowenien (wie in vielen anderen Ländern) oft die englischen *termini technici* unübersetzt verwenden. Die Notwendigkeit, über eigene linguistische Werkzeuge zu verfügen, um politische oder soziale Diskurse formulieren zu können, ist wohl zu offensichtlich, um das noch weiter kommentieren zu müssen. Auf der anderen Seite gab es da aber die ebenso offensichtliche Notwendigkeit, diese Begrifflichkeiten, und die Sprache im Allgemeinen, geläufig und praktisch zweckmäßig zu halten.

Ausnahmsweise gab es bei diesem Buch ein Zusammenwirken von nicht weniger als drei Lektoren sowie einem weiteren Korrektor, was natürlich für lebhaftere Diskussionen (und manchmal ziemlich wenig Schlaf) sorgte. Ich darf mit Sicherheit sagen, dass ich diesen brennend heißen Wiener Sommer des Jahres 2015 so schnell nicht vergessen werde. Am Ende aber stand ein Buch, das eine grundlegende Referenz für mindestens eine ganze Generation slowenischer Ökonomen bleiben wird – beziehungsweise für alle Ökonomen, die slowenisch schreiben.

Hagedorn: Du musst doch einigermassen froh gewesen sein, als das Buch dann plötzlich als Nummer 1 der slowenischen Bestsellerliste geführt wurde?

Velkovich Bukilica: Natürlich war ich froh, aber auch nicht besonders überrascht, wenn man den Erfolg des Originals bedenkt. Was mich aber wirklich umgehauen hat, war die Nachricht, dass es *Fifty Shades of Grey* von der zuvor unangefochtenen Spitzenposition verdrängt hat. Im Herbst 2015 war das ein ganz schöner Erfolg!

Hagedorn: Es gibt einen besonderen Tag im Kalender zu Ehren der Übersetzung: 30. September, der Hieronymustag, ist der International Translation Day. Hilft so etwas, um Aufmerksamkeit zu erzeugen?

Velkovich Bukilica: Die bloße Tatsache, dass ein solcher Tag existiert (und ich bin dankbar dafür!), ist schon vielsagend. So wie Frauen oder bedrohte Spezies scheint die Übersetzung einen Tag zu benötigen, um ein Bewusstsein für ihre Bedeutung und ihre Notlage zu stärken. So wie in den anderen Fällen auch, scheint das *nicht wirklich* zu funktionieren. Und in diesem Fall sagt uns schon der Name, wieviel „Aufmerksamkeit“ hier tatsächlich fehlt, denn der Tag ist nicht den Übersetzerinnen und Übersetzern gewidmet, sondern „der Übersetzung“ – anscheinend ist das eine sich selbst generierende Tätigkeit, eine Art mechanische Parthenogenese.¹

Ganz nüchtern: natürlich hilft so ein Tag, *bei manchen* eine stärkere Aufmerksamkeit zu gewinnen, allerdings sind das meist diejenigen Menschen, die sich der Bedeutung der Übersetzung sowieso schon bewusst sind: Menschen, die lesen, in Bibliotheken arbeiten usw. Mir

Fortsetzung auf Seite 23

Übersetzung und Politik

VON MICHAEL KEGLER

Übersetzung ist „unsichtbar“ aber nicht harmlos. Übersetzen ist immer mehr als das bloße Abtippen eines Texts in einer anderen Sprache. Es ist wie Schreiben ein politischer Akt.

Im April 2019 hatte ich Gelegenheit, auf Einladung des deutschen Goethe-Instituts mit dem angolanischen Schriftsteller José Eduardo Agualusa in Luanda aufzutreten. Was ist daran bemerkenswert? Wir stellten seinen gerade in deutscher Übersetzung erschienenen Roman *Die Gesellschaft der unfreiwilligen Träumer* (Verlag CH Beck) vor, der im Original, wie die meisten Bücher des Autors, in Portugal erschienen war und nicht in Angola. In dem Roman, aus dem wir nun auf der Bühne eines alternativen Theaters lasen, geht es unter anderem um eine Gruppe Jugendlicher, die wegen einer politischen Aktion ins Gefängnis gehen. Am Ende bringt die kollektive Kraft der Träume ein autokratisches Regime zum Einsturz. Inspiriert ist dieser Strang der Handlung vom Hungerstreik einer Gruppe junger Leute, die 2015 in Angola wegen der Beteiligung an einem Lesekreis zu gewaltlosem Widerstand inhaftiert und der angeblichen Vorbereitung eines Staatsstreichs beschuldigt wurden. Nach unserer Lesung stand ein junger Mann aus dem Publikum auf, grüßte die Anwesenden und dankte dem Autor. Er sei einer der damaligen Gefangenen und sehr bewegt, auch wenn er den Roman noch nicht habe lesen können. Etwas mehr als ein Jahr zuvor war der frühere Langzeitpräsident Angolas und Kopf der autoritären Kleptokratie, gegen die im Roman wie im Leben junge Leute aufbegehrt hatten, friedlich abgelöst worden. Im ganzen Land war die Hoffnung auf einen politischen Neuanfang zu spüren.

Der legendäre Übersetzer Curt Meyer-Clason erzählt in seinen portugiesischen Tagebüchern (zuletzt bei A1 1997), wie er als Leiter des Goethe-Instituts Lissabon, noch unter der dort erst 1974 gestürzten faschistischen Regierung, gezielt verfolgte Autor:innen in sein Institut einlud und übersetzte. Auch die vor den Nazis nach Portugal geflohene Schriftstellerin Ilse Losa und der Literaturwissenschaftler Óscar López versuchten in den 1960er und frühen 1970er Jahren, so viele Texte oppositioneller Autor:innen wie möglich ins Ausland zu bringen. Eine Veröffentlichung in einem der beiden deutschen Staaten konnte eine Lebensversicherung sein. José Eduardo Agualusa – der sich in mehreren Büchern bis Ende 2018 frontal mit dem Regime in Angola anlegte – betont in zahlreichen Interviews, wie wichtig das Erscheinen seiner Bücher im Ausland gewesen sei, weniger wegen der Bücher an sich, die man in seinem Land mangels Buchhandlungen kaum zu lesen bekäme, sondern, weil ihm die Bekanntheit ermögliche, als (politische) Stimme

José Eduardo Agualusa und Michael Kessler 2019 im Teatro Elinga in Luanda bei der Buchvorstellung des Romans *Die Gesellschaft der unfreiwilligen Träumer*.



Gehör zu bekommen. Ein Mehrwert der Literatur und der Übersetzung.

Literarische Übersetzung gilt als unsichtbare Tätigkeit. Idealerweise versucht die Übersetzung hinter dem Text zu „verschwinden“, auch wenn Übersetzende regelmäßig genau diese mangelnde Sichtbarkeit auf anderer Ebene beklagen. Andererseits gilt der Begriff „kongenial“ als ein hohes Lob. Doch bedeutet dies im Extremfall nicht, nicht nur Text, sondern auch die Person des Autors oder der Autorin zu adaptieren? Ein perfekter Übersetzer wäre wohl Leonard Zelig aus dem gleichnamigen Fake-Dokumentarfilm von Woody Allen, der sich *kongenial* stets seiner Umgebung anpasst bis zur Unverwechselbarkeit. Das meiste von dem, was ich über Angola weiß, und einen Großteil meiner politischen Meinung dazu verdanke ich dem von mir übersetzten José Eduardo Agualusa. Viele der Ansichten, die ich in den letzten zehn Jahren über Brasilien entwickelt habe, decken sich mit denen des Autors Luiz Ruffato, dessen Romanwerk ich seit 2012 (für den Verlag Assoziation A) übersetze und den ich seitdem Jahr für Jahr auch auf Lesereisen begleite.

Es gibt Gegenbeispiele: In der Kontroverse um problematische Passagen in den Tagebüchern des Literaturnobelpreisträgers José Saramago (Hofmann und Campe 2010) mussten sich zwangsläufig auch dessen Übersetzerinnen Marianne Gareis und Karin von Schweder-Schreiner positionieren und jeweils für sich entscheiden, wie weit sie mit

einzelnen Äußerungen des Autors mitgehen konnten. Ich selbst bekam nach der sehr schönen Novelle *Fünf Tage, fünf Nächte* (Verlag Teo Ferrer de Mesquita 1999) des unter dem Pseudonym Manuel Tiago schreibenden langjährigen Generalsekretärs der Portugiesischen Kommunistischen Partei, Álvaro Cunhal, von einem anderen Verlag den Auftrag, seinen Roman zum Spanischen Bürgerkrieg zu übersetzen, dessen doktrinäre politische Ausrichtung ich nicht teile. Vor allem aufgrund dieses Romans sollte ich später auf Veranstaltungen sprechen, und es fiel mir schwer, mich differenziert von dem historisch für den antifaschistischen Widerstand wichtigen Autor und Politiker zu distanzieren. Mit dem Brasilianer Luiz Ruffato wiederum, der sich als Schriftsteller lange gegen das Attribut „politisch“ verwahrte, obwohl er als einer von ganz wenigen seines Berufsstandes authentisch die Lebenswelt des brasilianischen Prekariats und der Arbeiterschaft literarisiert, durfte ich seit Amtsantritt des rechtsextremen Präsidenten Brasiliens 2019 mehr politische Auftritte zum „neuen Faschismus“ absolvieren, als zu seinem epochalen Romanwerk *Vorläufige Hölle* (5 Bände bei Assoziation A, zuletzt: *Sonntage ohne Gott* 2021), mit dem er Literaturgeschichte schrieb. Die Rede, die Luiz Ruffato 2013 (als Brasilien noch sozialdemokratisch regiert war) zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse hielt und in der er schon damals Geschichte und Gegenwart seines Landes kri-

tisch unter die Lupe nimmt, sei sein inzwischen meistgelesener Text, behauptet der Autor nur bedingt ironisch. Im eigenen Land wahrgenommen wurde sie, weil sie im Ausland gehalten, übersetzt und dort potenziell rezipiert wurde.

In der aktuellen Identitätsdebatte, die auf dem Gebiet der literarischen Übersetzung geführt wird, also die Diskussion darum, wer wen übersetzen kann und vor allem *darf*, geht es nur selten um einen politischen Standpunkt der Rede beziehungsweise der Übersetzung. Und selbstverständlich tritt die Rolle der Übersetzenden bei einer zunehmend vom „Markt“ bestimmten Auswahl auch von Autor:innen aus dem globalen Süden auf einer weiteren Dimension in den Hintergrund. Dennoch stellt sich auch hier die Frage der Legitimität, die an anderer Stelle verbissen geführt wird. Im Kern geht es auch hier darum, dass ein Text eben nicht nur ein Text ist, sondern einen Wust von Kontexten transportiert, der unter Umständen auch die Person der Autorin, des Autors sowie die des Übersetzers oder der Übersetzerin einschließt. Es ist kein unschuldiger Akt mehr (und war es nie), als Mann eine Autorin, als Mittfünfziger eine Mittzwanzigerin, als weißer Europäer eine Schwarze Autorin aus Afrika oder Portugal zu übersetzen. Es war immer ein politischer Akt, der auch mit Hegemonien zu tun hat, nur wird dies mittlerweile wahrgenommen und diskutiert. Wenn Curt Meyer-Clason seinerzeit Autorinnen und Autoren aus dem faschis-

tischen Portugal „rettete“, geschah dies auch mit dem entsprechenden Autoritätsgefälle. Das Übersetzen von etwa afrikanischen Autorinnen und Autoren war spätestens seit den 1970er-Jahren auch mit der Vorstellung von „Förderung“ behaftet und der Idee, man täte ihnen (und ihrem Land) mit dieser Sichtbarkeit auch etwas Gutes; die Übersetzung lateinamerikanischer Literatur war etwa in den 1980er-Jahren oft unmittelbar mit politischen Kämpfen verbunden. Die Kehrseite, die damit verbundenen Vereinnahmung analog zur Plünderung von Rohstoffen des Globalen Südens thematisierte Ngũgĩ wa Thiong’o unter anderem in seinem 1986 erschienenen Standardwerk *Dekolonisierung des Denkens* (übers.: Thomas Brückner, Unrast Verlag 2017).

Ein Text, zumal wenn er sich nicht nur als harmlose Unterhaltung versteht, ist immer mehr, als die bloße Aneinanderreihung von Buchstaben. Kulturelle Vermittlung oder Kannibalisierung – der Konflikt zieht sich bis in die Wortwahl. Übersetzung ist immer mehr als das bloße Abtippen eines Texts in einer anderen Sprache. Übersetzen ist wie Schreiben ein politischer Akt, und nicht immer zeigt sich dies derart eindrucksvoll, wie wenn plötzlich der Protagonist eines Buches bei einer Lesung im Publikum steht. <

Michael Kessler ist Literaturübersetzer aus dem Portugiesischen. Er war Fellow des Programms World Literature Fellowship for Translators am IWM (2021).

IWM Publications

Shalini Randeria (Hg.)

Kapitalismus im 21. Jahrhundert

Wien: Passagen Verlag, 2021, 174 Seiten, ISBN 978-3-7092-0464-1

Mit Beiträgen von Nancy Fraser, Wolfgang Merkel, Branko Milanović, Claus Leggewie, Friedrich Lenger, Mariana Mazzucato und Dani Rodrik.



Der Band diskutiert den Kapitalismus vor dem Hintergrund dreier großer Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – der Krise der Demokratie, des Rassismus und der ökologischen Krise. Gibt es eine notwendige

Beziehung zwischen diesen brennenden Herausforderungen und dem Kapitalismus oder stellen sie kontingente Entwicklungen dar? Lassen sich Demokratie und Kapitalismus miteinander vereinbaren oder beruhen beide auf grundsätzlich unterschiedlichen, wenn nicht sogar sich widersprechenden Prinzipien, deren Koexistenz ein fragiles Spannungsfeld generiert? Lassen sich Kapitalismus und Rassismus unabhängig voneinander denken? Oder ist letzterer eine unentbehrliche Voraussetzung für den Kapitalismus? Ist ein grüner Kapitalismus vorstellbar, beziehungsweise vermag der Kapitalismus der akuten Herausforderung des Klimawandels erfolgreich und nachhaltig zu begegnen?

Die Beiträge von Wolfgang Merkel, Nancy Fraser sowie Claus Leggewie und Friedrich Lenger, die diesen Fragen systematisch nachgehen, bilden den Kern des Buches. Sie werden flankiert von Essays zweier Ökonomen (Branko Milanović und Dani Rodrik) und einer Ökonomin (Mariana Mazzucato), die alle der herrschenden wirtschaftsliberalen Orthodoxie kritisch gegenüberstehen.

Die Frage der Einbettung des Kapitalismus, die alle Beiträge des Sammelbandes durchdringt, rückt die eminente Bedeutung der Politik im Kapitalismus in den Vordergrund. Auch wenn die Reformierbarkeit des Kapitalismus in den Gegenwart immer komplexere Züge annimmt, sind die Hände der Politik alles andere als gebunden. Dieses Buch ist von der Überzeugung getragen, dass es auch anders geht, und somit, dass die Politik zu handeln aufgefordert ist, damit Alternativen Wirklichkeit werden.

Rafael Zawisza und Ludger Hagedorn (eds.)

"Faith in the World". Post-Secular Readings of Hannah Arendt

Frankfurt am Main and Chicago: Campus and University of Chicago Press, 2021, 251 pp., ISBN 9783593514888

Mit Beiträgen von Sigrig Weigel, Agata Bielik-Robson, Martine Leibovici, Roger Berkowitz u.a.



The volume offers a manifold approach to a less evident and until now much neglected undercurrent in the work of Hannah Arendt, namely her ambiguous relation to the Judeo-Christian religious heritage. It contains discussions about strictly theological motives—like salvation or original sin—but also explores topics such as forgiveness, love, natality or the world's religious aura.

Christian religious heritage. It contains discussions about strictly theological motives—like salvation or original sin—but also explores topics such as forgiveness, love, natality or the world's religious aura.

Although Hannah Arendt was certainly a secular thinker, her work harbors ways of how to understand secularization as the possibility of a new, maybe even messianic, attitude towards finite life and earthly reality, which she famously depicts as "faith in the world." Tracing the clearly more speculative and theologically laden intuitions from the earlier writings helps to delineate the philosophical background from which Arendt's thought originated and offers an alternative reading to the currently dominant biopolitical interpretations.

Against the backdrop of ongoing discussions about new fundamentalisms and the mutual exclusion of religious and secular worldviews, Hannah Arendt's approach provides a model for how to reconcile secularization with the persistence of religion(s) and religious belief in the contemporary world. By refocusing attention from God to the world, to politics and to the neighbors, it grants secularity dignity and splendor and might serve as a platform for the self-limitation of any authority, be it religious or secular. The collapse of the absolute brings about respect for the plurality of denominations, while reminding us about the idea of a united humankind and its universal vocation.

In this sense, the Arendtian legacy serves to reflect upon a "political theology" of and for liberal democracy.

Krzysztof Michalski

Die Flamme der Ewigkeit: Eine existentielle Interpretation Nietzsches

Herausgegeben von Ludger Hagedorn, Piotr Kubasiak und Klaus Nellen. Aus dem Polnischen von Thomas Weiler. Freiburg: Verlag Karl Alber, Januar 2022, 288 Seiten, ISBN 978-3-495-49238-3



Dieses Buch ist der Versuch, Nietzsche mit Blick auf die alte Frage nach der *conditio humana* neu zu lesen. Der Leser wird nicht die eine Antwort finden, sondern viele, und die Wege dorthin

sind oft weit und verschlungen. Als Leitfäden dienen dem Autor Schlüsselbegriffe und -metaphern in Nietzsches Denken, die sich bis in die Antike zurückverfolgen lassen und bis in unsere Gegenwart wirken. Der Autor setzt Nietzsche in einen Dialog mit den vielstimmigen Zeugnissen der Suche nach dem Geheimnis der menschlichen Existenz – von der griechischen Philosophie über das Neue Testament und die Kirchenväter bis zu klassischen Denkern und Schriftstellern der Moderne.

Es gibt viele Bücher über Nietzsche. Einige zeichnen sich durch ihre Erudition und analytische Schärfe aus, andere durch ihre ästhetische Qualität. Doch nur selten finden wir eines, das beides vereint: Gelehrsamkeit und Schönheit. Dieses Verdienst hat Michalskis Buch. Leszek Kotakowski

Dieses bemerkenswerte Buch ist der Versuch, den rätselhaftesten aller Philosophen zu verstehen, Friedrich Nietzsche. Es bietet eine Interpretation zentraler Begriffe seines Werkes. Die erhellende Kraft von Michalskis Nietzsche-Lektüre rührt nicht nur aus seiner Verortung des Denkens in der philosophischen Tradition, sondern mehr noch aus der durchgehenden Bezugnahme auf den Hintergrund und den Widerpart von Nietzsches Denken – das Neue Testament und die Figur Christi. Am beeindruckendsten aber sind der Scharfsinn und das Gespür, mit denen uns Michalski an Nietzsche heranführt, indem er die Dimensionen der menschlichen Erfahrung auslotet, die der Philosoph für uns offenlegen wollte.

Charles Taylor

Publications by Fellows

Aspen Brinton (ed.)

Confronting Totalitarian Minds: Jan Patočka on Politics and Dissidence

Prague: Karolinum Press (Charles University), 2021, 430 pp., ISBN-10 8024645378, ISBN-13 978-8024645377



Jan Patočka was a Czech philosopher who not only lived through the turbulent politics of twentieth-century Central Europe, but he shaped his intellectual

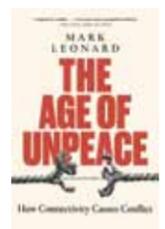
contributions in response to that tumult. One of the last students of Edmund Husserl and Martin Heidegger, he was a philosophical inspiration to Václav Havel and other dissidents who confronted the Soviet regimes before 1989, as well as being actively involved in authoring and enacting Charter 77 in Czechoslovakia. He died in 1977 from medical complications resulting from interrogations of the secret police, his political involvement cut short by an untimely death.

Confronting Totalitarian Minds examines his legacy along with several contemporary applications of his ideas about dissidence, solidarity, and the human being's existential confrontation with unjust politics. Aspen Briton puts Patočka's ideas about dissidence, citizen mobilization, and civic responsibility in conversation with those of notable world historical figures like Mohandas Gandhi, expanding the current possibilities of comparative political theory. In adding a fresh voice to contemporary conversations on transcending injustice, *Confronting Totalitarian Minds* seeks to educate a wider audience about this philosopher's continued relevance to political dissidents across the world.

Mark Leonard (ed.)

The Age of Unpeace: How Connectivity Causes Conflict

London: Bantam Press, 2021, 240 pp., ISBN-10 1787634655, ISBN-13 978-1787634657



In the three decades since the end of the Cold War, global leaders have been integrating the world's economy, transport and communications, breaking down borders in the

hope of making war impossible. In doing so, they have unwittingly created a formidable arsenal of weapons for new kinds of conflict and the motivation to keep fighting.

Troublingly, we are now seeing rising conflict at every level, from individuals on social media all the way up to nation-states in entrenched stand-offs. The past decade has seen a new antagonism between the US and China; an inability to co-operate on global issues such as climate change or pandemic response; and a breakdown in the distinction between war and peace, as overseas troops are replaced by sanctions, cyberwar and the threat of large migrant flows.

As a leading authority on international relations, Mark Leonard has been inside many of the rooms where our futures, at every level of society, are being decided—from Facebook HQ and facial-recognition labs in China to presidential palaces and remote military installations. In seeking to understand the ways in which globalization has broken its fundamental promise to make our world safer and more prosperous, Leonard explores how we might wrest a more hopeful future from an age of unpeace.

Yazid Ben Houned

Crime and Compensation in North Africa: A Social Anthropology Essay

Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2021, 153 pp., ISBN-10 3030709051, ISBN-13 978-3030709051



As the 21st century began, Algeria, Morocco, and North Sudan launched some much-publicised "reconciliation" policies, or, in the case of North Sudan, "pacification" policies.

Algeria, following its Clemency policy (1995) and Civil Concord Law (1999), held a referendum in 2005 and subsequently implemented the measures of its Charter for Peace and National Reconciliation. This charter is Algeria's latest policy aimed at settling the accounts of a murderous decade (1990s) marked by opposition between the state and armed Islamic groups. In Morocco, an arbitration committee was set up in 1999, followed by the Equity and Reconciliation Commission in 2004, to turn the page on the "Years of Lead"—a period during the rule of King Hassan II when state crimes such as torture, imprisonment, and murder were committed. Finally, in Sudan (North Sudan since 2011), peace negotiations were held in 1989 and a peace process has been ongoing since 2005, with an aim to resolve violent conflicts and war crimes that are shaking Darfur and North Kordofan. At the centre of all these reconciliation and pacification mechanisms lies a practice that has been scarcely studied: (monetary) compensation for the crimes committed.

Shedding light on this under-studied topic from the North African field, this volume investigates: What meanings can compensation have when it is aimed at repairing crimes? Is it necessary, sufficient, or admissible? How can it be implemented and accepted by the victims themselves and by society? These questions about compensation lead the reader through discussions on the nature of crime, punishment, reparation, reconciliation, and the way these concepts were and are now understood in these three North African countries.

Vesna Velkovich Bukilica Interview
Fortsetzung von Seite 21

kommt ein schöner Ausdruck im Englischen dafür in den Sinn: *Pre-aching to the choir*.

Was allerdings helfen würde, das Bewusstsein für die Bedeutung der Übersetzung zu stärken, und zwar sofort, wäre der Versuch (und sei es nur optisch), für einen Tag oder auch nur ein paar Stunden *alle* übersetzten Bände aus den Regalen der Bibliotheken und Buchläden zu entfernen; oder über die Medien alle Menschen aufzufordern, dies bei sich zu Hause zu versuchen: Entfernen Sie alle Übersetzungen aus den Regalen und schauen Sie, was übrigbleibt.

Was auch enorm hilfreich wäre – und dafür bedarf es wirklich keiner radikalen Einschnitte –, wäre die *Verpflichtung* (nicht bloß die Option), bei allen Buchbesprechungen und in allen Online-Shops und Bücherforen den Namen der Übersetzerinnen und Übersetzer zu erwähnen und diesen den standardmäßigen bibliographischen Angaben hinzuzufügen (Autor/in, Übersetzer/in, Jahr und Ort der Publikation). Es geht da nicht um irgendeinen Egotrip, sondern schlicht um basale Dinge und Information: Anerkennung für die Arbeit der Übersetzerinnen und Übersetzer, aber auch eine Geste der Fairness und Transparenz gegenüber der Leserschaft und den Autorinnen und Autoren der Originalbücher.

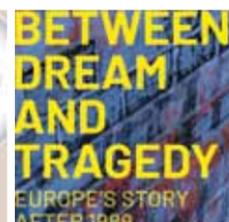
Und zugegeben, natürlich hat es schon Fortschritte gegeben. Vor einigen Jahrzehnten war es noch undenkbar oder zumindest eine riesige Ausnahme, dass der Name des Übersetzers oder der Übersetzerin auf dem Buchcover erwähnt worden wäre. Heute ist es – zumindest in vielen europäischen Ländern, auch in Slowenien – fast Standard. Es gibt sogar eine wachsende Leserschaft, die sich wegen einer Übersetzerin bzw. eines Übersetzers und nicht nur wegen des Autors bzw. der Autorin für ein bestimmtes Buch interessieren.

Trotz allem, beim entscheidenden Punkt der Bezahlung zeigt sich dann schnell, wie drastisch unterbewertet die Übersetzerarbeit noch immer ist, und das nicht nur in der Literatur, denn dasselbe gilt auch für Untertitelungen, einem Segment, das einen starken Einfluss auf die Zielsprache hat, weil mehr Menschen Filme schauen als Bücher lesen. Das ist der Grund, warum Programme wie das Paul Celan-Fellowship – das ganz einzigartig ist, weil es die Übersetzung von Sachbüchern fördert – so enorm wichtig sind. Dadurch dass es der Übersetzerin oder dem Übersetzer einen Schutzraum gewährt, vorübergehend unbelastet von den drängendsten finanziellen Sorgen, anerkennt und würdigt das Programm die Arbeit des Übersetzers und ihre elementare Rolle für die Gesellschaft. <

1) Im Gegensatz zum Englischen und Französischen heißt der Tag im Deutschen „Internationaler Übersetzertag“.

Vesna Velkovich Bukilica ist eine slowenische Übersetzerin. 2015 war sie Paul Celan Visiting Fellow am IWM.

IWM Podcasts



Shalini Randeria: In der Welt zuhause

VON EVANGELOS KARAGIANNIS

Am 13. September verabschiedete das IWM in Anwesenheit vieler Freunde und Förderer seine Rektorin, die nach knapp sieben Jahren als Leiterin des Instituts an die Spitze der Central European University wechselte. Evangelos Karagiannis, Chefredakteur der IWMpost und langjähriger Freund, widmet ihr eine persönliche Würdigung.

Shalinis Werdegang ist auf den ersten Blick höchst ungewöhnlich. Für eine in den USA geborene und in Indien aufgewachsene Frau, mit native English und Studien in Neu-Delhi und Oxford war eine Karriere in Mitteleuropa recht unwahrscheinlich. Noch unwahrscheinlicher ist jene Entwicklung, die sie nach jahrelanger Forschung in und über Indien nach Wien geführt hat, wo sie Leiterin eines Instituts wurde, das seine Reputation der Pflege der Begegnung zwischen dem Westen und dem sozialistischen bzw. postsozialistischen Osteuropa verdankt.

Ich kenne Shalini seit langer Zeit. Zum ersten Mal begegnete ich ihr Ende der 1980er Jahre, als sie eine junge Assistentin am Institut für Ethnologie der Freien Universität Berlin war. Nach diesem ersten Zusammentreffen kreuzten sich unsere Wege immer wieder, obwohl wir in unserer Forschung keine Berührungspunkte hatten. Schon früh verstand ich: Shalini ist gleichermaßen omnipräsent wie unumgänglich.

Je mehr sie mir vertraut wurde, desto deutlicher erkannte ich den Schlüssel zu ihrer Entwicklung in ihrer Heimatlosigkeit. Heimatlosigkeit tendiert dazu, das Leben von Menschen in unvorhergesehene Bahnen zu lenken und ungewöhnliche Lebensläufe zu ermöglichen, die heimatgebundenen Menschen versperrt bleiben. Shalini ist in einem grundlegenden und existentiellen Sinne heimatlos. Es gibt für sie keinen Kleinkosmos der Vertrautheit und Geborgenheit, keine Teilwelt, in der sie Wurzeln geschlagen hat und mit der sie sich exklusiv identifiziert. Sie ist weder in einem Land noch in einer Sprache oder in einer wissenschaftlichen Disziplin permanent „beheimatet“. Sie schafft sich ihr Zuhause immer wieder aufs Neue im Bewusstsein, dass die Welt, die wir bewohnen, viel größer ist, als die kleine Ecke, in der wir uns im Moment aufhalten. Shalinis Heimat ist die Welt. Das wiederum bringt mit sich, dass sie eigentlich keine andere Wahl hat, als sich die Fragen, die die Welt aufwirft, anzueignen. Nichts verabscheut Shalini mehr als selbstgefällige und selbstgenügsame Ignoranz. Osteuropa und Indien gehören für sie derselben Welt an. Tief geprägt von dieser Überzeugung kam sie ans IWM.

Die Besonderheit des Profils des Instituts, dessen Leitung Shalini im Jahr 2015 übernahm, geht über einen Osteuropa-Bezug jedoch bei wei-



Shalini Randeria und Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, Präsident des IWM, auf der Abschiedsfeier am 13. September 2021.

tem hinaus. Die Sonderstellung des IWM unter den *Institutes for Advanced Study* ist im Wesentlichen darin begründet, dass es sich in seiner Mission nicht nur der Spitzenforschung, sondern auch der Stärkung und Vertiefung der Demokratie und der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung verschrieben hat. Das IWM hat die erste Generation von *public intellectuals* im postsozialistischen Osteuropa maßgeblich geprägt und verleiht als eines der wenigen *Institutes for Advanced Study* eine große Zahl von Fellowships an Nachwuchswissenschaftler:innen. Shalini entspricht diesem Profil nahezu perfekt, hat sie doch während ihrer gesamten akademischen Laufbahn Nachwuchsförderung betrieben, eine Synthese von Wissenschaft und Advocacy vertreten und die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements für die Stärkung demokratischer Partizipationsrechte untersucht.

Auch aus einem anderen Grund war sie für die Leitungsposition am IWM prädestiniert. Ihre ganz große Stärke lag, bei aller Anerkennung der zweifelsohne bemerkenswerten Leistungen, die sie in ihrer über vierzigjährigen akademischen Karriere in Forschung und Ausbildung erbracht hat, immer im Wissenschaftsmanagement. Unter Managementqualitäten ist hier kein bürokratisches Talent zu verstehen. Shalini ist keine gute Bürokratin, ganz im Gegenteil. Sie liegt

beständig im Widerstreit mit Routinen, Konventionen und Ordnungspflege im Allgemeinen. Und trotzdem ist sie eine der wenigen echten Führungspersönlichkeiten, die mir im Wissenschaftsbetrieb je begegnet sind. Was ich damit meine, ist, dass sie, ohne dies jemals beigebracht bekommen zu haben, genau weiß, wie Macht produktiv eingesetzt werden kann. Darin ähnelt sie ihrem Doktorvater, Georg Elwert. Shalini hat Ideen, zahlreiche Ideen, und in aller Regel auch sehr konkrete Vorstellungen darüber, wie sich diese verwirklichen lassen oder genauer gesagt, was ihrer Verwirklichung im Wege steht. Lange Zeit war ich der Auffassung, nur mir würde es schwerfallen, Shalini etwas abzuschlagen, bis ich realisierte, dass es sich dabei um einen sehr gewöhnlichen Umstand handelt. Zweifelsohne vermag Shalini Menschen zu mobilisieren, zu inspirieren, zu fordern und zu fördern, bis sie ihr Potential voll entfaltet haben. Nicht zuletzt spricht für ihr Leitungstalent auch ihre bemerkenswerte Gabe, Ressourcen jedweder Art schöpferisch zu kombinieren, und in diesem Prozess Neues entstehen zu lassen. Ob in Budapest, Zürich, Genf oder Wien, sie hat in ihrer Laufbahn immer wieder Neues in die Wege geleitet und dieses Neue in Strukturen verfestigt.

Shalini identifiziert sich mit der jeweiligen Institution, der sie vorsteht. Diese ist in ihren Gedanken ununter-

brochen präsent. In ihrem Fall ist es daher mehr als eine Sprachkonvention zu sagen, dass sie eine Institution verkörpert. Sie hat einen erstaunlichen Überblick über Problemlagen, Personen und Ressourcen und sieht überall Verbesserungsbedarf. Darin macht sich eine grundlegende Haltung bemerkbar: Jeder ist dazu angehalten, den Blick nach „oben“ und niemals nach „unten“ zu richten. Als Maßstab und Vergleichsgröße dienen die Besten. Die Tatsache, dass es vielleicht einige gibt, die schlechter sind als man selbst, übte auf Shalini nie beruhigende Wirkung aus. Aus ebendieser Überzeugung speisen sich ihre hohen Ansprüche, die für ihre Mitarbeiter:innen mitunter herausfordernd sein können, die die Arbeit mit Shalini aber auch lohnend machen. Denn die hohe Qualität des Ertrags ist gewiss.

Shalini hat dem IWM einen kosmopolitischen Schub verliehen, es für neue Themen und Kollaborationen geöffnet und sich unermüdlich und erfolgreich für seine angemessene Ressourcenausstattung eingesetzt. Ihr besonderes Interesse galt der Stärkung der Position des IWM im intellektuellen Leben Wiens, wofür sie Kooperationen mit anderen Kultureinrichtungen der Stadt suchte. Gemeinsam mit dem Wien Museum und dem Diskussionsnetzwerk *Time to Talk* initiierte sie eines der erfolgreichsten Projekte politischer Bildung der letzten Jahre, das *Vien-*

na Humanities Festival, das seit 2016 jährlich Experten aus Wissenschaft, Kunst, Kultur und Zivilgesellschaft zu einem dreitägigen urbanen Salon rund um den Karlsplatz versammelt. Ähnlich hat sie die Zusammenarbeit des IWM mit den Wiener Festwochen angestoßen und pflegte auch eine der etablierten Veranstaltungsreihen, die „Europa im Diskurs“-Debatten am Wiener Burgtheater, mit großem Engagement.

Während ihrer Amtszeit absolvierte sie eine Vielzahl öffentlicher Auftritte und wurde aufgrund ihres Einsatzes und ihrer gewinnenden Art zum gleichermaßen populären wie unverwechselbaren Gesicht des IWM in der Öffentlichkeit. Weniger spektakulär, aber nicht weniger ergiebig waren ihre Bemühungen um eine hochkarätige Nachwuchsförderung. Sie rief neue Formate wie die ERC Mentoring Initiative ins Leben, belebte alte Formate wie die IWM Summer School neu, und führte Stipendienprogramme wie das SEE Graduate Scholarship ein, das insbesondere jungen Sozial- und Humanwissenschaftler:innen aus Südosteuropa zugutekommt.

Shalini ist einzigartig. Allein schon deshalb ist am IWM mit ihrem Abschied eine Ära zu Ende gegangen. <

Evangelos Karagiannis ist Research and Publications Coordinator am IWM und Chefredakteur der IWMpost.